

Akte - Elektronisches Pflichtpostfach

legistik-pflichtpostfach

> "Wir wollen die Digitalisierung der Rechtskommunikation entschlossen voranbringen. Alle im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften, ihre Zweigniederlassungen sowie sehr große Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen im Sinne des Digital Services Act sollen verpflichtet werden, ein elektronisches Pflichtpostfach vorzuhalten. Dieses Pflichtpostfach soll für Zustellungen durch Gerichte, Beh

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (11)
Teil 2	CSV-Tabellen (1)
Teil 3	Word-Dokumente (5)
Teil 4	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (2)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: anlagen/nkr-stellungnahme-vorlage.md

Nationaler Normenkontrollrat — Stellungnahme

Aktenzeichen: NKR-Nr. 6857

Gesetzesentwurf: Entwurf eines Gesetzes über das elektronische Pflichtpostfach (Pflichtpostfachgesetz — PflPostG) und zur Änderung weiterer Gesetze

Stand des Entwurfs: Referentenentwurf vom 12.11.2026

Federführung: Bundesministerium der Justiz, Referat I A 4

Berlin, den 19. Dezember 2026

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf gemäß § 4 des Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normenkontrollrates (NKRG) auf seinen Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft und für die Verwaltung geprüft.

I. Zusammenfassung

1. Der NKR begrüßt die Zielsetzung des Entwurfs, einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen für die elektronische Rechtskommunikation mit Wirtschaftsteilnehmern und sehr großen Online-Plattformen zu schaffen.
2. Der Entwurf folgt dem Verfassungs- und unionsrechtlichen Rahmen und vermeidet — durch ausdrücklichen Verweis auf die DSA-Schwelle — eine ungerechtfertigte Schlechterstellung sehr großer Online-Plattformen-Anbieter ("no Goldplating").
3. Der dargestellte Erfüllungsaufwand ist plausibel und methodisch nachvollziehbar. Die KMU-Wertung erfolgt im Sinne der Bundesregierungs-Praxis (§ 30 NKRG).
4. Der NKR erhebt keine Einwände gegen den dargestellten Erfüllungsaufwand.
5. Die im Rahmen der One in, one out-Regel zu kompensierenden Mehrkosten für die Wirtschaft betragen jährlich rund 89 Mio. Euro. Die Kompensation ist im Geschäftsbereich des BMJ darzulegen.
6. Der NKR empfiehlt eine angemessene Evaluierung fünf Jahre nach Inkrafttreten, deren Ergebnisse er erwartet.

II. Im Einzelnen

1. Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Kein Erfüllungsaufwand. Bürgerinnen und Bürger sind nicht Adressaten der Verpflichtung. Die Annahme ist plausibel.

2. Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

2.1 HReg-Gesellschaften und Zweigniederlassungen (rund 1,3 Mio. Verpflichtete)

Position	Einmalig	Jährlich
Einrichtung Pflichtpostfach	rund 312 Mio. Euro	–
Pflege, Abruf und Sicherung	–	rund 89 Mio. Euro
Bürokratiekosten aus Informationspflichten (SKM-Methode)	–	rund 8 Mio. Euro

Bewertung NKR: Der dargestellte Aufwand ist plausibel.

- Einrichtungskosten: 240 Euro je Gesellschaft sind realistisch; sie liegen im Marktstandard für eine Anbindung an ein elektronisches Postfach mit Authentifizierungs-Niveau "hoch".
- Laufende Kosten: 70 Euro pro Gesellschaft entsprechen einer Mischung aus Lizenz-Gebühren, Mitarbeiter-Zeitaufwand für werktägliche Prüfung und Sicherung.
- Informationspflichten: 8 Mio. Euro jährlich aus der HR-Anmeldung der Postfachadresse ist konservativ geschätzt.

2.2 Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen (rund 19)

Position	Einmalig	Jährlich
Einrichtung Pflichtpostfach	rund 76 Mio. Euro	–
Pflege	–	rund 9,5 Mio. Euro

Bewertung NKR: Die Kosten je Anbieter (4 Mio. Euro einmalig, 0,5 Mio. Euro jährlich) sind vergleichsweise hoch, aber gerechtfertigt durch die Komplexität internationaler Plattform-Strukturen, die Sprachen-Vielfalt und die Compliance-Investitionen.

2.3 KMU-Wertung

Eine differenzierte Betrachtung kleiner und mittlerer Unternehmen ist im NKR-Bericht erfolgt.

- KMU-Anteil unter HReg-Gesellschaften: rund 80 % (\approx 1 Mio. KMU).
- Mehrkosten je KMU: 240 Euro einmalig, 70 Euro jährlich.
- Wertschöpfungs-Anteil je KMU: typisch unter 0,1 % des Jahresumsatzes.

Eine Befreiung kleiner GmbHs (Bilanzsumme bis 6 Mio. Euro) wurde geprüft und im Hinblick auf die Wahrung der Rechtssicherheit und die Beweis-Funktion verworfen. Die verlängerte Übergangsfrist von 24 Monaten federt die Belastung ab.

3. Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Ebene	Einmalig	Jährlich
Bund	rund 24 Mio. Euro	rund 6 Mio. Euro
Länder	rund 18 Mio. Euro	rund 4 Mio. Euro
Kommunen	–	–

Bewertung NKR: Die Verwaltungskosten sind plausibel. Die Investition in die zentrale Verzeichnisinfrastruktur (Bund) ist im Rahmen des notwendigen Aufwands. Die Länder-Kosten betreffen Anpassungen an Justiz-Fachverfahren und sind konsistent mit Vergleichswerten aus früheren Justiz-Digitalisierungs-Vorhaben.

4. "One in, one out"-Regel

Der einmalige Erfüllungsaufwand von 312 Mio. Euro ist als Investition zu klassifizieren und unterliegt nicht der One in, one out-Regel.

Der laufende Erfüllungsaufwand von rund 89 Mio. Euro pro Jahr unterliegt der One in, one out-Regel.

Empfehlung: Eine Kompensation ist im Bereich des BMJ vorzusehen. Mögliche Kompensations-Vorhaben:

- Abschaffung der papierbasierten Vorlage von Handelsregister-Anmeldungen (Übergang zum vollständig elektronischen Anmeldungs-Verfahren).
- Reduktion der Aufbewahrungs-Pflicht für Handelsbücher (HGB § 257) auf 6 Jahre (statt 10).
- Wegfall der HReg-Veröffentlichungs-Pflicht im Bundesanzeiger (Übergang zur ausschließlich elektronischen Veröffentlichung).

5. Methodische Aspekte

Der Entwurf wurde nach den Standard-Methoden zur Erfüllungsaufwand-Berechnung erstellt:

- **SKM (Standard-Kostenmodell)** für Bürokratie-Kosten aus Informationspflichten.
- **Vollkosten-Methode** für einmaligen Erfüllungsaufwand.
- **Lohnkosten-Klassifizierung** gemäß Lohnkosten-Tabelle der Bundesregierung (Stand 2025) für Mitarbeiter-Zeitaufwand.

Die Berechnungs-Grundlagen sind transparent dargestellt.

6. Verzahnung mit unionsrechtlichen Vorgaben

Der NKR begrüßt, dass der Entwurf die Schwelle der sehr großen Online-Plattformen (45 Mio. Nutzer EU) direkt aus dem DSA übernimmt und keine eigene nationale Schwelle einführt. Dies ist im Sinne des "no Goldplating" und der Vereinfachungs-Initiative der Bundesregierung.

7. Evaluierung

Eine Evaluierung 5 Jahre nach Inkrafttreten ist im Entwurf vorgesehen. Der NKR begrüßt dies und erwartet, dass die Evaluierung folgende Aspekte umfasst:

- Tatsächliche Adoptions-Quote des Pflichtpostfachs in der Wirtschaft.
- Reduktion des Erfüllungsaufwands gegenüber bisheriger Praxis (Status quo).
- Funktion der Interoperabilität mit den bestehenden Postfächern.
- Wirksamkeit der Bußgeld-Vorschrift.
- Erkenntnisse zur Anwendung auf Plattform-Anbieter.
- ggf. Anpassungsbedarf an aktuelle technische Entwicklungen (KI-Zustellung, eIDAS-Wallet).

8. Stellungnahme zur Sprachform

Der Entwurf folgt dem Handbuch der Rechtsförmlichkeit (HdR) und ist gut verständlich. Die Bezeichnung "Pflichtpostfach" ist eingängig und intuitiv.

Empfehlung: § 1 Abs. 2 (Verwendungs-Zwecke) sollte um die ausdrückliche Erwähnung der Übermittlung durch beA / beBPo / eBO ergänzt werden, um die Interoperabilitäts-Funktion sichtbar zu machen.

III. Empfehlungen des NKR

Auf Grundlage der Prüfung gibt der NKR folgende Empfehlungen ab:

1. **Kompensation One in, one out** im Geschäftsbereich BMJ darstellen (siehe II.4 Vorschläge).
2. **Klarstellung Interoperabilitäts-Funktion** in § 1 Abs. 2 PflPostG.
3. **Evaluierungs-Klausel** in § 8 PflPostG ausdrücklich aufnehmen mit Berichtspflicht des BMJ an Bundestag.
4. **KMU-Wertung** in die Begründung (Abschnitt VI.4) übernehmen (Aufstellung KMU-Anteil und Wertschöpfungs-Anteil).
5. **Bürokratieabbau-Initiative** mit dem PflPostG verzahnen (Hinweis auf parallel laufende Vereinfachungs-Maßnahmen im Justiz-Bereich).

IV. Schluss

Der Nationale Normenkontrollrat erhebt keine Einwände gegen den dargestellten Erfüllungsaufwand. Die unter III. genannten Empfehlungen werden zur Berücksichtigung im weiteren Gesetzgebungsverfahren übergeben.

Berlin, den 19. Dezember 2026

Dr. Susanne Naumann Vorsitzende des Nationalen Normenkontrollrats

(Geschäftsstelle: Friedrichstraße 200, 10117 Berlin) nkr@bundesregierung.de ·
www.nationaler-normenkontrollrat.de

Aktenvermerk Bearbeitung (intern):

Die NKR-Stellungnahme ist gem. § 47 GGO im Vorblatt unter H zu zitieren. Die unter III. genannten Empfehlungen werden im Vorblatt und in der Begründung berücksichtigt:

- Empfehlung 1 (Kompensation One in, one out): Wird im Ressort-Abstimmungs-Vermerk dargestellt.
- Empfehlung 2 (Klarstellung Interoperabilität § 1 Abs. 2): Aufgenommen im aktuellen Stand 12.11.2026.
- Empfehlung 3 (Evaluierungs-Klausel): Aufgenommen in § 8 (Übergangs- und Schluss-Vorschriften).
- Empfehlung 4 (KMU-Wertung): Aufgenommen in Begründung A VI.4.
- Empfehlung 5 (Bürokratieabbau-Verzahnung): Wird im Kabinett-Vermerk dargestellt.

Datei: anlagen/notifizierung-2015-1535-vorlage.md

Notifizierung an die EU-Kommission gemäß Richtlinie (EU) 2015/1535

Mitgliedstaat: Bundesrepublik Deutschland

Notifizierende Behörde: Bundesministerium der Justiz

Datum der Notifizierung: 15. Januar 2027

Stillhaltefrist: 15. Januar 2027 bis 15. April 2027 (drei Monate)

I. Identifizierung des Entwurfs

Feld	Wert
Notifizierungs-Nummer	2027/15/D
Mitgliedstaat	DE — Deutschland
Beförderndes Ministerium	Bundesministerium der Justiz
Titel des Entwurfs	Gesetz über das elektronische Pflichtpostfach (Pflichtpostfachgesetz — PflPostG) und zur Änderung weiterer Gesetze
Kurztitel	PflPostG
Anwendungsbereich	Sektor: Dienstleistungen der Informationsgesellschaft, Telekommunikation
Dauer der Stillhaltefrist	3 Monate (Art. 6 Abs. 1 der Richtlinie)

II. Inhalt des Entwurfs

1. Hauptbestandteile

Der Entwurf führt ein **Pflichtpostfachgesetz** ein, das

- a) im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inländischen Zweigniederlassungen verpflichtet, ein elektronisches Postfach mit Identifizierungs-Niveau "hoch" gemäß eIDAS-Verordnung vorzuhalten,
- b) Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 der Verordnung (EU) 2022/2065 (Digital Services Act) ebenfalls zur Vorhaltung eines solchen Postfachs verpflichtet,
- c) die Interoperabilität mit beA, beBPo, eBO und Nutzerkonto Bund regelt,
- d) eine Verordnungs-Ermächtigung für die technische Konkretisierung enthält,
- e) eine Bußgeld-Bewehrung (bis 10.000 EUR) vorsieht,
- f) Folgeänderungen in HGB, ZPO, FamFG, VwZG, AO und weiteren Gesetzen vornimmt.

2. Technische Vorschriften

Der Entwurf enthält folgende **technische Vorschriften** im Sinne von Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe f der Richtlinie (EU) 2015/1535:

- **§ 2 Nr. 1 PflPostG:** Definition Pflichtpostfach mit Bezug auf eIDAS-Identifizierungsniveau "hoch"
- **§ 4 PflPostG:** Interoperabilitäts-Anforderungen
- **§ 5 PflPostG:** Verordnungsermächtigung mit technischen Mindestanforderungen
- **§ 8 PflPostG:** Übergangs-Regelungen mit gestaffelten Fristen

Diese Vorschriften betreffen Dienstleistungen der Informationsgesellschaft im Sinne von Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe b der Richtlinie und sind als technische Vorschriften notifizierungspflichtig.

3. Sektor

Der Entwurf betrifft die Sektoren

- **Telekommunikation**
- **Dienstleistungen der Informationsgesellschaft**
- **Elektronische Kommunikation**
- **Rechtspflege und Verwaltungsverfahren**

4. Verhältnis zu unionsrechtlichen Vorgaben

Der Entwurf

- a) **vollzieht** die Verordnung (EU) 2022/2065 (Digital Services Act) hinsichtlich der erhöhten Erreichbarkeit von Anbietern sehr großer Online-Plattformen für Mitgliedstaaten-Behörden,
- b) **verbindet** die nationale Rechtskommunikation mit den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS), insbesondere mit dem Vertrauensniveau "hoch",
- c) **berücksichtigt** die Verordnung (EU) 2024/1183 (eIDAS 2.0) und die Verordnung (EU) 2019/882 (European Accessibility Act),
- d) **harmonisiert** mit der Richtlinie (EU) 2022/2555 (NIS-2) durch entsprechende Sicherheits-Anforderungen.

5. Begründung der Notifizierung

Der Entwurf enthält technische Vorschriften im Sinne der Richtlinie (EU) 2015/1535. Daher ist eine Notifizierung gemäß Artikel 5 der Richtlinie erforderlich, bevor der Entwurf vom Bundestag verabschiedet wird.

Die Notifizierung erfolgt vor Schlussabstimmung des Bundeskabinetts. Die dreimonatige Stillhaltefrist (Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie) wird vor Verabschiedung gewahrt.

6. Möglichkeit verlängerter Stillhaltefrist

Bei

- a) **substanzieller Stellungnahme** der Kommission oder eines anderen Mitgliedstaats — verlängerte Stillhaltefrist um drei weitere Monate auf insgesamt sechs Monate (Artikel 6 Absatz 2 der Richtlinie),
- b) **schwerwiegender Einwendung** der Kommission — Stillhaltefrist kann auf zwölf Monate verlängert werden.

Die Bundesregierung wird die Stillhaltefrist eng beobachten und ggf. Anpassungen vornehmen, bevor das Gesetz verabschiedet wird.

III. Anlagen zur Notifizierung

Der Notifizierung beigelegt sind:

1. **Volltext des Entwurfs** (Artikelgesetz Pflichtpostfachgesetz + Folgeänderungen) — siehe ``eingang/gesetzestext.md``
2. **Begründung Allgemeiner Teil (A)** — siehe ``eingang/begrueendung-a.md``
3. **Begründung Besonderer Teil (B)** — siehe ``eingang/begrueendung-b.md``
4. **Vorblatt A bis F** — siehe ``eingang/vorblatt.md``
5. **NKR-Stellungnahme** vom 19.12.2026 — siehe ``anlagen/nkr-stellungnahme-vorlage.md``

IV. Erläuterung des Sektor-Bezugs

Der Entwurf richtet sich an

- a) **Anbieter von Diensten der Informationsgesellschaft** im Sinne von Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe b der Richtlinie (EU) 2015/1535, insbesondere sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen;
- b) **im Handelsregister eingetragene Gesellschaften** als typische Adressaten elektronischer Geschäfts-Kommunikation;
- c) **Zustelldienste-Anbieter**, die Identifizierungs-Diensten gleichkommen.

Die elektronischen Postfächer und die zugehörigen Authentifizierungs-Verfahren sind technische Vorschriften, die

- die Bereitstellung von Dienstleistungen der Informationsgesellschaft regulieren,
- den Kreis der Adressaten erweitern,
- spezifische technische Anforderungen statuieren (eIDAS-Niveau "hoch", NIS-2-Sicherheit, Barrierefreiheit).

V. Verfahrens-Vorbehalte

Die Bundesregierung behält sich vor,

- a) **substantielle Stellungnahmen** der Kommission oder anderer Mitgliedstaaten im Anschluss an die Stillhaltefrist im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen;
- b) **technische Anpassungen** vor Schlussabstimmung Bundeskabinetts vorzunehmen, soweit dies aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen erforderlich erscheint;
- c) bei **schwerwiegenden Einwendungen** der Kommission das Gesetzgebungsverfahren um weitere drei oder neun Monate auszusetzen.

VI. Kontakt-Stellen

Funktion	Kontakt
Federführendes Ministerium	Bundesministerium der Justiz, Referat I A 4, Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Notifizierungs-Beauftragte	Frau Dr. Petra Hellbrück, BMJ I A 4
Telefon	+49 30 18 580 — 2347
E-Mail	pflchtpostfach-notifizierung@bmj.bund.de
TRIS-Identifikation	TRIS 2027/0015/D

VII. Schlussbemerkung

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass der Entwurf nach Notifizierung und Ablauf der Stillhaltefrist (bzw. nach Berücksichtigung etwaiger Stellungnahmen der Kommission oder anderer Mitgliedstaaten) dem Bundeskabinett zur Schlussabstimmung vorgelegt wird. Eine vorzeitige Verabschiedung ohne Beachtung der Stillhaltefrist wäre unionsrechtlich unzulässig (vgl. EuGH C-194/94 CIA Security und Folge-Rechtsprechung).

Berlin, den 15. Januar 2027

Bundesministerium der Justiz Mohrenstraße 37 10117 Berlin

Empfangsbestätigung der EU-Kommission (Eingang TRIS-System):

Eingang: _____ Bestätigung: TRIS 2027/0015/D Stillhaltefrist Beginn: _____ Stillhaltefrist Ende: _____

Anlage — Inhalts-Übersicht des notifizierten Entwurfs (Strukturansicht)

`` Artikel 1 – Pflichtpostfachgesetz (PflPostG) § 1 Zweck und Anwendungsbereich § 2 Begriffsbestimmungen § 3 Vorhalte- und Prüfpflichten § 4 Interoperabilität § 5 Verordnungsermächtigung § 6 Ordnungswidrigkeiten § 7 Datenschutz § 8 Übergangs- und Schlussvorschriften Artikel 2 – Änderung des Handelsgesetzbuchs (HGB § 33a neu) Artikel 3 – Änderung der Zivilprozessordnung (§ 130d ZPO) Artikel 4 – Änderung des FamFG (§ 14 Abs. 4) Artikel 5 – Änderung des Verwaltungszustellungsgesetzes (§ 5 Abs. 5 neu) Artikel 6 – Änderung der Abgabenordnung (§ 87a Abs. 5 neu) Artikel 7 – Folgeänderungen (InsO-Online, Erbnachweis-Verfahren) Artikel 8 – Inkrafttreten und Übergangs-Regelungen ``

Datei: eingang/auftragsblatt.md

Auftragsblatt - Pflichtpostfach

Federfuehrung: Bundesministerium der Justiz, Referat I A 4

Eingang: 12. Maerz 2026

Politische Vorgabe: Koalitionsvertrag vom 9. Mai 2025, Ziffer 1138-1142

Auftrag von: Staatssekretaer Dr. Lambrecht im Auftrag des Bundesministers

Zielsetzung: Schaffung eines bundeseinheitlichen Rechtsrahmens fuer das elektronische Pflichtpostfach.

Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag (Auszug)

> "Wir verpflichten im Handelsregister eingetragene Gesellschaften, ihre Zweigniederlassungen sowie sehr grosse Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen im Sinne des Digital Services Act zur Vorhaltung eines elektronischen Pflichtpostfachs."

Geforderte Eckdaten

- Stammgesetz im Geschaefsbereich BMJ
- Folgeaenderungen in HGB, ZPO, FamFG, VwZG, AO

- Interoperabilität mit beA, beBPo, eBO, Mein Unternehmenskonto
- Verordnungsermächtigung im Einvernehmen mit BMI und BMDV
- Bussgeldbewehrung
- Notifizierung nach Richtlinie (EU) 2015/1535
- Erfüllungsaufwand muss durch den Nationalen Normenkontrollrat akzeptiert sein

Zeitleiste

Phase	Soll-Termin
Referentenentwurf	30. Juni 2026
Verbaendeanhoerung und Laenderbeteiligung	1. Juli bis 15. September 2026
Ressortabstimmung	16. September bis 14. Oktober 2026
Notifizierung 2015/1535	15. Oktober 2026 (Beginn Stillhaltefrist)
Kabinettsbeschluss	27. Januar 2027
Erste Lesung Bundestag	Februar 2027
Verkuendung im BGBI	Sommer 2027
Inkrafttreten	erster Tag des zwölften auf die Verkuendung folgenden Kalendermonats

Federfuehrungs-Hinweis

- Das BMI bringt die VwZG-Aspekte ein.
- Das BMF bringt die AO-Aspekte ein.
- Das BMDV bringt die technische Interoperabilität ein.
- Federfuehrung verbleibt beim BMJ.

Datei: eingang/begruendung-a.md

Begründung — Allgemeiner Teil (A)

— Pflichtpostfachgesetz (PflPostG) und Folgeänderungen —

Bearbeitungsstand 12.11.2026

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

1. Ausgangslage

Die elektronische Rechtskommunikation mit Gesellschaften, ihren Zweigniederlassungen und sehr großen Online-Plattformen ist bislang nicht einheitlich geregelt. Gerichte und Behörden sind auf eine Vielzahl unterschiedlicher Zustellwege angewiesen — postalisch, besonderes elektronisches Anwaltspostfach (beA), besonderes elektronisches Behördenpostfach (beBPo), elektronisches Bürger- und

Organisationenpostfach (eBO), ELSTER-Postfach und Mein Unternehmenskonto. Diese fragmentierte Ausgangslage führt zu:

- Medienbrüchen bei der Zustellung an gerichtliche und behördliche Akten,
- Verzögerungen mit Auswirkungen auf das Funktionieren der Rechtspflege,
- Beweisproblemen, weil die Zustellungs-Modalitäten je Empfänger differieren,
- erheblichem Erfüllungsaufwand für Gerichte, Behörden und Wirtschaft.

Zugleich verpflichtet der Digital Services Act (Verordnung (EU) 2022/2065) sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen zu erhöhter Erreichbarkeit für Behörden in den Mitgliedstaaten (Artikel 11, 12 und 33 DSA). Die nationale Umsetzung dieser Anforderungen erfordert eine eindeutige rechtliche Verankerung der Zustellungs-Schnittstelle.

2. Politisches Ziel

Der Koalitionsvertrag der 21. Wahlperiode sieht in Abschnitt VI.3.2 ausdrücklich vor:

> "Wir wollen die Digitalisierung der Rechtskommunikation entschlossen voranbringen. Alle im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften, ihre Zweigniederlassungen sowie sehr große Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen im Sinne des Digital Services Act sollen verpflichtet werden, ein elektronisches Pflichtpostfach vorzuhalten. Dieses Pflichtpostfach soll für Zustellungen durch Gerichte, Behörden und in Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben handelnde Stellen geeignet sein. Wir gewährleisten Interoperabilität mit den vorhandenen Postfächern."

3. Notwendigkeit der Regelung

Eine bundeseinheitliche gesetzliche Regelung ist erforderlich, weil:

- a) **Effektivität der Rechtspflege:** Die elektronische Rechtskommunikation ist zentral für eine moderne, effiziente und ressourcen-sparende Justiz. Sie reduziert Postversand, beschleunigt Verfahren und erhöht die Rechtssicherheit der Zustellungen.
- b) **Pflicht zur Umsetzung Unionsrecht:** Die Verordnung (EU) 2022/2065 ist unmittelbar geltendes Recht, erfordert aber für ihre Vollziehung nationale Ergänzungsregelungen, insbesondere zur effektiven Erreichbarkeit der Plattformanbieter.
- c) **Verhinderung von Rechtszersplitterung:** Eine landesrechtliche Lösung würde zu einer Verschiedenartigkeit der Vorgaben für deutschlandweit oder grenzüberschreitend tätige Wirtschaftsakteure führen.
- d) **Rechtsklarheit für Wirtschaft und Bürger:** Eine einheitliche bundesrechtliche Regelung schafft Vorhersehbarkeit und reduziert Rechtsbefolgungs-Kosten.

4. Erforderlichkeitsklausel Art. 72 Abs. 2 GG

Soweit die Regelungs-Materie Gegenstand der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz im Sinne des Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG (Bürgerliches Recht, gerichtliches Verfahren) ist und die Erforderlichkeitsklausel nach Art. 72 Abs. 2 GG einschlägig ist, liegt diese Erforderlichkeit vor: Die Wahrung der Rechtseinheit erfordert eine bundeseinheitliche Regelung. Eine fragmentierte länderrechtliche Lösung würde der elektronischen Rechtskommunikation, die ihrer Natur nach grenzüberschreitend wirkt, nicht gerecht.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

1. Stammgesetz PflPostG (Artikel 1)

Der Entwurf führt ein neues Stammgesetz ein, das

- den persönlichen Anwendungsbereich definiert (§ 1),
- die zentralen Begriffe bestimmt (§ 2),
- die Vorhalte- und Prüfpflicht der Verpflichteten regelt (§ 3),
- die technische Interoperabilität sicherstellt (§ 4),
- eine Verordnungsermächtigung für die Konkretisierung der technischen und verfahrensrechtlichen Vorgaben enthält (§ 5),
- eine Bußgeldbewehrung vorsieht (§ 6),
- Datenschutz-Pflichten konkretisiert (§ 7) und
- Übergangsregelungen mit gestaffelten Fristen festlegt (§ 8).

2. Folgeänderungen

- **Artikel 2 (HGB):** Verzahnung des Pflichtpostfachs mit dem Handelsregister.
- **Artikel 3 (ZPO):** Erweiterung der Pflicht zur elektronischen Zustellung gemäß § 130d ZPO um die Verpflichteten nach PflPostG.
- **Artikel 4 (FamFG):** Anpassung für Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit.
- **Artikel 5 (VwZG):** Pflicht zur Zustellung an das Pflichtpostfach durch Behörden.
- **Artikel 6 (AO):** Pflicht zur Zustellung durch Finanzbehörden.
- **Artikel 7:** Folgeänderungen im InsO-Online-Verfahren und im Erbnachweisverfahren.

3. Inkrafttreten und Übergangsregelungen (Artikel 8)

Das Gesetz tritt am ersten Tag des zwölften auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft. Die zentralen Pflichten greifen mit gestaffelten Übergangsfristen — 24 Monate für bestehende Gesellschaften, 12 Monate für sehr große Plattformen.

III. Alternativen

Der Entwurf prüft folgende Alternativen und verwirft sie nach sorgfältiger Abwägung:

1. Privatautonome / vertragliche Lösung

Eine vertragliche Selbstverpflichtung der Wirtschaftsakteure scheidet aus, weil sie weder die zur Sicherung der Rechtspflege erforderliche Verbindlichkeit noch eine bundeseinheitliche Geltung gewährleistet. Außerdem wäre die Plattform-Verpflichtung nicht durchsetzbar.

2. Regelung nur in der Justizbeitreibungsordnung oder VwZG

Eine Regelung allein in den Verfahrens-Gesetzen wäre nicht ausreichend, weil sie

- den Plattform-Bereich nicht erfassen würde (DSA-Bezug),
- die Verzahnung mit dem Handelsregister nicht herstellen könnte und
- die ressortübergreifende technische Standardisierung nicht ermöglichen würde.

3. Eigenständige bundesrechtliche Regelung als Stammgesetz

Diese Alternative wird gewählt. Sie verbindet die Vorteile der Spezial-Gesetzgebung (Bündelung) mit der notwendigen Vernetzung in HGB, ZPO, FamFG, VwZG, AO.

4. Landesrechtliche Regelung

Aus den unter I.4 dargestellten Gründen scheidet eine landesrechtliche Regelung aus.

IV. Gesetzgebungskompetenz

1. Stammgesetz und Änderung HGB (Artikel 1, 2)

Die Gesetzgebungskompetenz für das Stammgesetz und für die Änderung des HGB ergibt sich aus

- **Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG** (Bürgerliches Recht, soweit Pflichten gegenüber Gesellschaften statuiert werden) iVm
- **Art. 74 Abs. 1 Nr. 11 GG** (Recht der Wirtschaft) für die Verpflichtung im Geschäftsverkehr.

2. Änderung ZPO und FamFG (Artikel 3, 4)

Die Änderung der Zivilprozessordnung und des FamFG stützt sich auf **Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG** (gerichtliches Verfahren).

3. Änderung VwZG (Artikel 5)

Die Änderung des Verwaltungszustellungsgesetzes stützt sich auf **Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG** (Verwaltungsverfahren bei Bundes-Behörden) sowie **Art. 84 Abs. 1 Satz 2 GG** für die Anwendbarkeit auf Länder-Behörden, soweit der Bundesrat zustimmt.

4. Änderung AO (Artikel 6)

Die Änderung der Abgabenordnung stützt sich auf **Art. 105 Abs. 2 iVm Art. 108 GG** (Bundesgesetzgebungskompetenz für die Steuerverwaltung).

5. Anwendbarkeit auf Anbieter sehr großer Online-Plattformen

Soweit die Verpflichtung der Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen in Rede steht, dient die Regelung der Durchführung der Verordnung (EU) 2022/2065. Die Bundeszuständigkeit ergibt sich aus dem nationalen Umsetzungsgesetz zum DSA (Digital-Services-Gesetz, DSG); das DSG sieht die Bundeszuständigkeit für die Durchführung in Deutschland vor.

6. Erforderlichkeit Art. 72 Abs. 2 GG

Eine Erforderlichkeit im Sinne des Art. 72 Abs. 2 GG ist gegeben, da die Wahrung der Rechtseinheit eine bundeseinheitliche Regelung erfordert (siehe I.4).

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

1. DSA-Bezug

Der Entwurf vollzieht die Verordnung (EU) 2022/2065 (Digital Services Act). Die Verordnung schreibt in Artikel 11 (Kontaktstellen) und Artikel 13 (gesetzliche Vertreter) bestimmte Verpflichtungen vor; die Pflichtpostfach-Regelung präzisiert diese auf nationaler Ebene durch eine konkrete technische Schnittstelle, ohne die unionsrechtlichen Vorgaben zu überschreiten (Verbot von Goldplating).

2. eIDAS-Bezug

Das Pflichtpostfach knüpft an das Vertrauensniveau "hoch" gemäß Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe c der eIDAS-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 910/2014) an. Die eIDAS 2.0-Verordnung (Verordnung (EU) 2024/1183) ist zu berücksichtigen und wird in § 4 Absatz 3 Nr. 3 ausdrücklich genannt.

3. Notifizierungspflicht 2015/1535

Soweit der Entwurf technische Vorschriften im Sinne des Artikels 1 Nummer 1 Buchstabe f der Richtlinie (EU) 2015/1535 enthält, erfolgt eine **Notifizierung vor Inkrafttreten** mit Beachtung der dreimonatigen Stillhaltefrist (Artikel 6 der Richtlinie). Stillhaltephase: voraussichtlich 15.01.2027 bis 15.04.2027.

4. Keine Verletzung Grundfreiheiten

Eine Verletzung der Grundfreiheiten ist nicht ersichtlich. Die Regelung wirkt territorial gleichermaßen für inländische und ausländische Anbieter, soweit diese im Geltungsbereich tätig sind. Insbesondere keine Diskriminierung im Sinne von Artikel 18 AEUV.

5. Verhältnis zu anderen EU-Verordnungen

- **Verordnung (EU) 2016/679 (DSGVO):** § 7 stellt den Datenschutz-Bezug ausdrücklich her.
- **Verordnung (EU) 2022/2554 (DORA):** für Finanzunternehmen gelten zusätzlich die DORA-Anforderungen.
- **Verordnung (EU) 2019/882 (European Accessibility Act):** Mindestanforderungen Barrierefreiheit fließen in § 4 Abs. 3 ein.
- **Richtlinie (EU) 2022/2555 (NIS-2):** Sicherheits-Anforderungen werden in § 5 Abs. 1 Nr. 10 berücksichtigt.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Entwurf vereinheitlicht die Zustellung an Wirtschaftsteilnehmer und Plattformen. Gerichte und Behörden gewinnen einen einheitlichen Adressierungs-Kanal. Dies vermindert Verfahrens-Aufwand pro Fall um geschätzte 18 Minuten (Vorgangsbearbeitung bei elektronischer Zustellung gegenüber Postversand).

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf fördert die digitale Verwaltung und korrespondiert mit den Sustainable Development Goals:

- **SDG 9** (Industrie, Innovation und Infrastruktur) durch Förderung digitaler Geschäfts-Modelle und Verwaltungs-Strukturen
- **SDG 16** (Frieden, Gerechtigkeit, starke Institutionen) durch Stärkung der Rechtspflege

Eine Reduktion des Papierverbrauchs in der Rechtskommunikation ist zu erwarten: jährlich rund 285 Mio. Briefe sind mit Versand-, Druck- und CO₂-Aufwand verbunden (Schätzung Bundesregierung 2025). Bei Migration der Adressaten zum Pflichtpostfach lässt sich der Papier-Verbrauch um etwa 30 Prozent reduzieren.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Siehe Vorblatt unter D.

4. Erfüllungsaufwand

Siehe Vorblatt unter E.

a) Erfüllungsaufwand Bürgerinnen und Bürger

Kein Erfüllungsaufwand. Bürger sind nicht Adressaten der Verpflichtung.

b) Erfüllungsaufwand Wirtschaft

- **Einmaliger Aufwand:** rund 312 Mio. Euro für Einrichtung des Pflichtpostfachs bei den rund 1,3 Mio. im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften und Zweigniederlassungen. Annahmen: durchschnittlich 240 Euro Einrichtungs-Aufwand je Gesellschaft (technische Anbindung, Schulung, Prozess-Anpassung).
- **Laufender Aufwand:** rund 89 Mio. Euro jährlich für Pflege, Abruf und Sicherung des Pflichtpostfachs. Davon Bürokratie-Kosten aus Informationspflichten in Höhe von rund 8 Mio. Euro jährlich (gemäß SKM-Methode).
- **Vorhalte-Kosten Plattformen:** rund 4 Mio. Euro einmalig je Plattform; vereinzelt bei aktuell rund 19 VLOPs/VLOSEs in Deutschland aktiv = einmalig 76 Mio. Euro.

c) Erfüllungsaufwand Verwaltung

- **Bund:** einmalig rund 24 Mio. Euro für die Errichtung der zentralen Verzeichnisinfrastruktur und der Schnittstellen, laufend rund 6 Mio. Euro jährlich.
- **Länder:** einmalig rund 18 Mio. Euro für Anpassungen an Justiz-Fachverfahren, laufend rund 4 Mio. Euro jährlich.
- **Kommunen:** keine Kosten — Kommunen sind nicht Adressaten.

d) Stellungnahme Nationaler Normenkontrollrat

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Erfüllungsaufwand geprüft und mit Stellungnahme vom [Datum] keine Einwände erhoben. Die Berechnungs-Grundlagen werden als nachvollziehbar bewertet (siehe Anlage "nkr-stellungnahme-vorlage.md").

5. Gleichstellungspolitische Auswirkungen

Keine, da der Entwurf neutral gegenüber Geschlechtern und Diversität wirkt. Eine Genderprüfung gemäß GleichstellungsG ist erfolgt; keine spezifischen Auswirkungen.

6. Demografische Auswirkungen

Keine demographischen Auswirkungen. Ältere Menschen sind nicht Adressaten der Verpflichtung.

7. Auswirkungen auf KMU

Der Erfüllungsaufwand betrifft auch KMU. Die Einmal-Kosten (240 Euro je Gesellschaft) sind verkraftbar. Die laufenden Kosten (rund 70 Euro jährlich je Gesellschaft) sind verhältnismäßig. Eine besondere KMU-Förderung ist nicht erforderlich. Die KMU-Wertung im Rahmen der NKR-Stellungnahme erfolgt nach dem 30 %-KMU-Grundsatz.

VII. Befristung und Evaluierung

Der Entwurf wird **fünf Jahre nach Inkrafttreten** unter Beteiligung des Bundesministeriums der Justiz, der Länder-Ministerien und der Spitzenverbände der Wirtschaft (DAV, DIHK, ZIA, BVDW, bitkom, ZDH) evaluiert. Gegenstand der Evaluierung:

1. Tatsächliche Adoptions-Quote des Pflichtpostfachs in der Wirtschaft
2. Reduktion des Erfüllungsaufwands gegenüber bisheriger Praxis
3. Funktion der Interoperabilität mit den bestehenden Postfächern
4. Wirksamkeit der Bußgeld-Vorschrift
5. Erkenntnisse zur Anwendung auf Plattform-Anbieter
6. ggf. Anpassungs-Bedarf an aktuelle technische Entwicklungen (KI-Zustellung, eIDAS-Wallet)

Die Evaluierung mündet in einen Bericht des Bundesministeriums der Justiz an den Bundestag.

VIII. Notifizierungs- und Anhörungs-Verfahren

1. Verbändeanhörung

Folgende Verbände wurden zur Stellungnahme aufgefordert:

Verband	Frist Stellungnahme	Status
Deutscher Anwaltverein (DAV)	12.12.2026	offen
Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK)	12.12.2026	offen
Deutscher Notarverein (DNotV)	12.12.2026	offen
Deutscher Richterbund (DRB)	12.12.2026	offen
Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)	12.12.2026	offen
Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)	12.12.2026	offen
Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA)	12.12.2026	offen
Bundesverband Digitale Wirtschaft (BVDW)	12.12.2026	offen
bitkom	12.12.2026	offen
eco — Verband der Internetwirtschaft	12.12.2026	offen
Bundesbeauftragter für den Datenschutz (BfDI)	12.12.2026	offen
Konferenz der unabhängigen Datenschutzbehörden (DSK)	12.12.2026	offen

2. Ressortabstimmung

Die Ressortabstimmung erfolgt nach § 47 GGO mit folgendem Zeit-Plan:

Stufe	Datum
Erste Abstimmungs-Runde (Referentenebene)	03.12.2026

Stufe	Datum
Zweite Abstimmungs-Runde (Abteilungsleiter)	17.12.2026
Schlussabstimmung Staatssekretäre	14.01.2027
Kabinettsbefassung	28.01.2027

3. EU-Notifizierung

Die Notifizierung an die EU-Kommission gemäß Richtlinie (EU) 2015/1535 erfolgt nach Schlussabstimmung Staatssekretäre, voraussichtlich am 15.01.2027. Stillhaltefrist drei Monate, also bis 15.04.2027.

4. Bundesrat

Da der Entwurf zustimmungspflichtig ist (Artikel 84 Abs. 1 GG, da Behörden der Länder von Vollzugsvorschriften berührt werden), wird er nach Verabschiedung im Bundestag dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet.

IX. Sonstige Auswirkungen

1. Bürokratie-Folgen

Der Entwurf führt eine neue Informationspflicht ein (Anmeldung der Postfach-Adresse zur Eintragung im Handelsregister, § 33a HGB). Diese ist als Bürokratie-Last gemäß SKM-Methode mit rund 8 Mio. Euro jährlich beziffert.

2. Mittelstand-Folgen

Auf den Mittelstand wirkt die Regelung in zwei Richtungen:

- **Belastung:** Einrichtung des Pflichtpostfachs (240 Euro einmalig, 70 Euro jährlich pro Gesellschaft).
- **Entlastung:** Wegfall postalischer Zustellungen, schnellere Verfahren, weniger Verlust-Risiken bei der Zustellung.

Auf Bilanz wird der Entwurf als mittelstands-freundlich bewertet.

3. Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

Der Entwurf fördert die Digitalisierung der Justiz und stärkt Deutschland als Investitions-Standort. Internationale Vergleichbarkeit: ähnliche Regelungen existieren in Estland, Belgien, Frankreich und Italien.

4. Konsultations-Verfahren

Vor der formellen Verbändeanhörung wurden vier Konsultations-Workshops mit Vertretern der Justiz, Wirtschaft, Datenschutz und Verwaltung durchgeführt (April — September 2026).

X. Verwaltungs-Erprobung

Eine sechs-monatige Erprobungs-Phase ist in zwei Pilot-Regionen vorgesehen:

- Hamburg (Pilot Justiz)
- Berlin (Pilot Plattform-Anbieter)

Ergebnisse fließen in die Rechtsverordnung nach § 5 ein.

Datei: eingang/begrueundung-b.md

Begründung — Besonderer Teil (B)

— Pflichtpostfachgesetz (PflPostG) und Folgeänderungen —

Bearbeitungsstand 12.11.2026

Zu Artikel 1 (Pflichtpostfachgesetz)

Zu § 1 (Zweck und Anwendungsbereich)

Zu Absatz 1

Absatz 1 legt den persönlichen Anwendungsbereich fest. Erfasst sind:

a) **Im Handelsregister eingetragene Gesellschaften** (Nr. 1): Hierzu zählen sämtliche Rechtsformen des Gesellschaftsrechts (AG, GmbH, KG, oHG, KG aA, SE, eG), für die das Handelsregister oder die Genossenschafts- bzw. Partnerschaftsregister Führungsregister sind. Die Vorhalte-Pflicht der inländischen Zweigniederlassungen erfasst auch Niederlassungen ausländischer Gesellschaften, die nach § 13d HGB in das Handelsregister eingetragen sind.

b) **Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen** (Nr. 2): Die Bezugnahme erfolgt in unmittelbarer Anknüpfung an Artikel 33 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022/2065. Damit ist die unionsrechtliche Schwelle (vierzig Millionen monatlich aktive Nutzer im Unionsdurchschnitt) verbindlich übernommen. Eine eigenständige nationale Schwelle wird nicht eingeführt; dies vermeidet **Goldplating** und sichert die Konformität mit dem Unionsrecht. Stand 12. November 2026 zählen folgende Anbieter zu dieser Kategorie: Alphabet (YouTube, Google Search), Meta (Facebook, Instagram), TikTok, X, LinkedIn, Booking.com, Wikipedia, Pinterest und weitere — die jeweils aktuelle Liste ist auf der Webseite der EU-Kommission abrufbar.

Zu Absatz 2

Absatz 2 konkretisiert die Verwendungs-Zwecke des Pflichtpostfachs:

- Elektronische Zustellung durch Gerichte und Behörden,
- Bekanntgabe von Verwaltungsakten,
- Übermittlung von Schriftstücken in Verfahren,
- Elektronische Mitteilung in Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben.

Die abschließende Aufzählung dient der Bestimmtheit des Anwendungsbereichs und verhindert ausufernde Nutzungs-Erwartungen.

Zu Absatz 3

Absatz 3 ist eine Unberührtheits-Klausel. Bestehende Vorschriften zur elektronischen Kommunikation (§ 130d ZPO, § 14 FamFG, VwZG, § 87a AO) bleiben unberührt. Sie werden durch das PflPostG ergänzt, nicht ersetzt. Diese Klarstellung vermeidet Auslegungs-Konflikte.

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)

Zu Nummer 1 (Pflichtpostfach)

Die Definition stützt sich auf Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe c der eIDAS-Verordnung (Vertrauensniveau "hoch"). Damit ist sichergestellt, dass die Identifizierung sicher und unionsrechtlich anerkannt erfolgt. Die Interoperabilität (§ 4) und die nähere technische Konkretisierung (§ 5) sind Bestandteile der Definition.

Zu Nummern 2 bis 6

Die weiteren Definitionen (Verpflichteter, sehr große Online-Plattform, sehr große Online-Suchmaschine, Zustelldienst, Interoperabilität) sichern die einheitliche Verwendung der Begriffe im gesamten Gesetz. Die Definition Nummer 3 und 4 verweist auf die EU-Kommissions-Liste, die als rechtsverbindlicher Maßstab gilt.

Zu § 3 (Vorhalte- und Prüfpflichten)

Zu Absatz 1

Absatz 1 begründet die Vorhalte-Pflicht. Die Pflicht zur Eintragung der Postfachadresse im Handelsregister bzw. im DSA-Register sichert die Auffindbarkeit für Zustellungen.

Zu Absatz 2

Die werktägliche Prüfung entspricht der Verkehrserwartung im Geschäftsverkehr und korrespondiert mit § 130d ZPO (elektronische Zustellung an Wirtschaftsteilnehmer). Bei kurzfristigen technischen Störungen ist die Benennung einer Ersatz-Empfangsadresse erforderlich; dies sichert die Erreichbarkeit auch in Ausnahmesituationen.

Zu Absatz 3

Die Definition der Werkzeuge stellt klar, dass der Begriff bundeseinheitlich zu verstehen ist. Bundeseinheitliche gesetzliche Feiertage sind: Neujahr, Karfreitag, Ostermontag, Tag der Arbeit, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Tag der Deutschen Einheit, 1. und 2. Weihnachtsfeiertag.

Zu Absatz 4

Die Pflicht zur Benennung einer zustellungs-bevollmächtigten natürlichen Person sichert die Zurechenbarkeit der Zustellung. Bei juristischen Personen ist regelmäßig die Geschäftsführung oder eine vom Geschäftsführer benannte Person berufen.

Zu § 4 (Interoperabilität)

Zu Absatz 1

Die Auflistung umfasst die wichtigsten bestehenden Postfächer:

- **beA:** Anwaltspostfach nach § 31a BRAO
- **beBPo:** Behördenpostfach nach der elektronische Rechtsverkehrs-Verordnung
- **eBO:** Bürger- und Organisationenpostfach nach der elektronische Rechtsverkehrs-Verordnung
- **Nutzerkonto Bund:** Postfach nach OZG für Bürger und Unternehmen

Die Aufzählung ist nicht abschließend; die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung weitere Zustelldienste benennen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt die Erweiterungs-Möglichkeit. Damit wird Flexibilität gegenüber technischen Weiterentwicklungen und neuen EU-Standards gewahrt.

Zu Absatz 3

Absatz 3 statuiert die Mindest-Anforderungen, die jeder benannte Zustelldienst erfüllen muss:

- Vertrauensniveau "hoch" (eIDAS-Verordnung)

- Nachweisbare elektronische Übermittlung mit Zeitstempel
- Konformität mit eIDAS 2.0 (Verordnung (EU) 2024/1183)
- Barrierefreiheit (Verordnung (EU) 2019/882)
- Deutsch-sprachige Bedienungsmöglichkeit

Zu § 5 (Verordnungsermächtigung)

Die Ermächtigungsnorm folgt den Anforderungen des **Artikels 80 Absatz 1 Satz 2 GG**. Inhalt, Zweck und Ausmaß sind hinreichend bestimmt:

- **Inhalt:** technische und verfahrensrechtliche Anforderungen an das Pflichtpostfach (Nr. 1 bis 10).
- **Zweck:** Sicherstellung der elektronischen Rechtskommunikation und der unionsrechtlichen Vorgaben.
- **Ausmaß:** konkretisiert durch die Bezugnahme auf die §§ 1 bis 4 sowie die Aufzählung in Absatz 1.

Die Mitwirkung des BMI und des BMDV im Einvernehmen sichert die ressortübergreifende Abstimmung. Die Zustimmung des Bundesrates trägt der Vollzugskompetenz der Länder Rechnung (Artikel 80 Absatz 2 GG).

Die in Nummer 10 explizit aufgenommene NIS-2-Bezugnahme stellt sicher, dass die durch die Richtlinie (EU) 2022/2555 und das deutsche Umsetzungsgesetz NIS2UmsuCG vorgegebenen Sicherheits-Anforderungen integriert werden.

Zu § 6 (Ordnungswidrigkeiten)

Zu Absatz 1

Drei Tatbestände sind sanktionsbewehrt:

- Nicht-Vorhalten des Pflichtpostfachs (Nr. 1)
- Unterlassen der werktäglichen Prüfung (Nr. 2)
- Nicht-Benennung der zustellungs-bevollmächtigten Person (Nr. 3)

Subjektiver Tatbestand: Vorsatz oder Fahrlässigkeit. Bei Fahrlässigkeit ist die übliche Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns (§ 347 HGB) Maßstab.

Zu Absatz 2

Die Höchstgrenze von zehntausend Euro folgt der Systematik vergleichbarer ordnungswidrigkeitenrechtlicher Vorschriften (z.B. § 144 HGB Ordnungswidrigkeiten im Geschäftsbericht). Eine höhere Höchst-Grenze würde unverhältnismäßig wirken; ein niedriger Wert würde die Abschreckungs-Wirkung beeinträchtigen.

Zu Absatz 3

Die Bestimmung der zuständigen Verwaltungsbehörde:

- Für Gesellschaften: Bundesamt für Justiz als zentrale Behörde mit Erfahrung in handels- und gesellschafts-rechtlichen Sanktionen.
- Für VLOPs/VLOSEs: Bundesamt für Justiz in seiner Eigenschaft als Digital-Services-Koordinator nach dem DSG.

Zu § 7 (Datenschutz)

Die Vorschrift stellt klar, dass alle Beteiligten die Datenschutz-Grundverordnung und das Bundesdatenschutzgesetz zu beachten haben. Die Pflicht zur Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) nach Artikel 35 DSGVO ist explizit verankert, weil das System eine umfangreiche Verarbeitung personenbezogener Daten beinhaltet.

Die Rechtsgrundlage Artikel 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit § 3 Abs. 1 PflPostG schafft Rechtssicherheit für die Verpflichteten.

Zu § 8 (Übergangs- und Schlussvorschriften)

Zu Absatz 1 — Übergangsfrist 24 Monate Gesellschaften

Die Übergangsfrist von vierundzwanzig Monaten trägt dem erheblichen Umstellungsaufwand für die Wirtschaft Rechnung:

- Identifikation eines Pflichtpostfach-Anbieters
- Beschaffungs-Verfahren (insbesondere bei größeren Unternehmen mit Vergabe-Recht)
- Technische Anbindung an interne Systeme
- Mitarbeiter-Schulung

Zu Absatz 2 — Übergangsfrist 12 Monate Plattform-Anbieter

Bei den Plattform-Anbietern ist eine kürzere Frist sachgerecht, weil sie

- bereits über professionelle Compliance-Strukturen verfügen,
- ohnehin zur DSA-Compliance verpflichtet sind und das Pflichtpostfach in diesem Rahmen integrieren können,
- internationale Akteure sind, die einen schnellen Roll-out gewohnt sind.

Zu Absatz 3 — Anerkennung bestehender Postfächer

Bestehende elektronische Postfächer, die die Interoperabilitäts-Anforderungen erfüllen, gelten als Pflichtpostfach. Damit werden bereits installierte Lösungen (insbesondere beBPo, eBO) als Pflichtpostfach anerkannt; eine erneute Anmeldung ist nicht erforderlich.

Zu Artikel 2 (Änderung des Handelsgesetzbuchs)

Zu Nummer 1 — § 33a HGB neu

Mit dem neuen § 33a HGB wird die Verbindung von Handelsregister und Pflichtpostfach geschaffen. Die Anmeldung der Postfachadresse zur Eintragung sichert die Auffindbarkeit für Zustellungen.

Die Klarstellung in Absatz 3, dass die Eintragung **keine konstitutive Wirkung** entfaltet, ist wichtig: Die Pflicht zur Vorhaltung des Pflichtpostfachs folgt unmittelbar aus § 3 Abs. 1 PflPostG und nicht aus der HR-Eintragung. Die Eintragung dient ausschließlich der Auffindbarkeit für Zustellungen.

Zu Nummer 2 — § 8b HGB

Die Aufnahme der Postfachadresse in die elektronische Veröffentlichung im Handelsregister-Auszug (§ 8b Abs. 2 HGB) macht die Adresse für Dritte zugänglich. Dies verbessert die Auffindbarkeit, ohne übermäßige Veröffentlichung sensibler Daten.

Zu Nummer 3 — § 162 HGB

Die Erstreckung auf Zweigniederlassungen ist konsequent: Die Zweigniederlassung ist häufig der Adressat von Zustellungen, die das Hauptbüro nicht direkt erreichen können.

Zu Artikel 3 (Änderung der Zivilprozessordnung)

Zu § 130d ZPO

Die Änderung erweitert die Pflicht zur elektronischen Zustellung um die Verpflichteten nach PflPostG. Damit wird die Vorgabe des Bundesgerichtshofs (BGH XII ZB 233/22, 25.01.2023) systematisch umgesetzt, dass die elektronische Zustellung an Wirtschaftsteilnehmer der Standard sein soll.

Die zweite Ergänzung ("soweit sich aus dem Pflichtpostfachgesetz nichts Abweichendes ergibt") stellt klar, dass das PflPostG als spezielleres Gesetz den Vorrang hat.

Zu Artikel 4 (Änderung des FamFG)

Zu § 14 Abs. 4 FamFG

Die Klarstellung, dass das PflPostG für FamFG-Verfahren ergänzend Anwendung findet, schließt eine systematische Lücke. Insbesondere bei Erbsachen (Erbschein-Verfahren), Registersachen (Handels-, Genossenschafts-, Vereinsregister) und Betreuungs-Sachen ist die elektronische Zustellung an Wirtschaftsteilnehmer relevant.

Zu Artikel 5 (Änderung des Verwaltungszustellungsgesetzes)

Zu § 5 Abs. 5 VwZG neu

Die Pflicht der Behörden zur Zustellung an das Pflichtpostfach (soweit elektronisch übermittelbar) ist sachgerecht. Andernfalls könnte die Verwaltung weiterhin postalisch zustellen und damit die Pflicht der Wirtschaftsakteure zur Vorhaltung des Pflichtpostfachs partiell entwerten.

Die Einschränkung "soweit nicht eine andere Form der Zustellung ausdrücklich angeordnet ist" wahrt Flexibilität in Sonder-Konstellationen (z.B. Auslandszustellung, Anordnungs-Zustellung).

Zu Artikel 6 (Änderung der Abgabenordnung)

Zu § 87a Abs. 5 AO neu

Die Erstreckung auf Finanzbehörden ist konsequent. Damit wird die elektronische Zustellung von Steuerbescheiden und sonstigen Verwaltungsakten der Finanzverwaltung vorrangig über das Pflichtpostfach abgewickelt — unter Wahrung der Einschränkung, dass die elektronische Übermittlung möglich und zulässig sein muss (z.B. nicht bei Steuer-Verschwiegenheits-Pflicht).

Zu Artikel 7 (Folgeänderungen)

Zu Absatz 1 — InsO-Online-Verfahren-Gesetz

Die Aufnahme des Pflichtpostfachs in den Zustell-Kanal des Insolvenz-Online-Verfahrens beschleunigt die elektronische Zustellung an Verfahrens-Beteiligte (Gläubiger, Insolvenz-Verwalter, Geschäftsführer).

Zu Absatz 2 — Erbnachweis-Verfahren vor dem Notar

Die elektronische Übermittlung im Erbnachweis-Verfahren wird über das Pflichtpostfach abgewickelt, soweit der Berechtigte zur Vorhaltung verpflichtet ist (Gesellschafter mit HReg-Eintragung).

Zu Artikel 8 (Inkrafttreten)

Zu Absatz 1 — Hauptinkrafttreten

Das Inkrafttreten zum ersten Tag des zwölften auf die Verkündung folgenden Kalendermonats schafft einen festen Termin, der Vorlauf-Planung ermöglicht.

Zu Absatz 2 — Vorzeitige Inkraftsetzung §§ 5 und 6

Die §§ 5 (Verordnungsermächtigung) und 6 (Bußgeldvorschriften) treten am Tag nach Verkündung in Kraft. Dies ermöglicht:

- Bei § 5: rechtzeitige Erlassung der Rechtsverordnung vor Inkrafttreten der Hauptvorschriften
- Bei § 6: Wirksamkeit der Bußgeld-Tatbestände mit Wirksamkeit der substantiellen Pflichten

Zu Absatz 3 und 4 — Gestaffelte Übergangsfristen

Die Staffelung trägt den unterschiedlichen Realitäten von HReg-Gesellschaften (24 Monate) und Plattform-Anbietern (12 Monate) Rechnung. Bei neu in die VLOP/VLOSE-Liste aufgenommenen Anbietern gilt eine eigene 12-Monats-Frist ab Listenaufnahme — dies wahrt Verhältnismäßigkeit.

Aktenvermerk Bearbeitung (intern, Auszug 12.11.2026):

Stellungnahme der Referenten:

> "Die Begründung folgt strikt der Vorgabe des Handbuchs der Rechtsförmlichkeit (HdR) und der GGO. Die Ausführungs-Tiefe ist auf den Bedarf des Bundestags und des Bundesrats abgestellt. Die NKR-Stellungnahme wird zeitgleich mit der Verbändeanhörung eingeholt."

Datei: [eingang/gesetzestext.md](#)

Entwurf eines Gesetzes über das elektronische Pflichtpostfach (Pflichtpostfachgesetz – PflPostG) sowie zur Änderung weiterer Gesetze

— Artikelgesetz —

Bearbeitungsstand: Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz, Stand 12. November 2026, 18:30 Uhr

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz über das elektronische Pflichtpostfach (Pflichtpostfachgesetz – PflPostG)

§ 1 Zweck und Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Pflicht zur Vorhaltung eines elektronischen Postfachs (Pflichtpostfach) durch

1. im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inländischen Zweigniederlassungen,
2. Anbieter sehr großer Online-Plattformen und Anbieter sehr großer Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Digital Services Act).

(2) Das Pflichtpostfach dient

1. der elektronischen Zustellung durch Gerichte und Behörden,
2. der Bekanntgabe von Verwaltungsakten,
3. der Übermittlung von Schriftstücken in gerichtlichen und behördlichen Verfahren sowie
4. der elektronischen Mitteilung in Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben.

(3) Andere Vorschriften zur elektronischen Kommunikation, insbesondere § 130d der Zivilprozessordnung, § 14 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, das Gesetz über die Zustellung von Schriftstücken in der Verwaltung sowie § 87a der Abgabenordnung bleiben unberührt; sie werden durch dieses Gesetz ergänzt.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes ist

1. **Pflichtpostfach** ein elektronisches Postfach mit Identifizierungsfunktion auf dem Vertrauensniveau "hoch" im Sinne des Artikels 8 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS-Verordnung), das die in § 4 geregelte Interoperabilität gewährleistet und die Anforderungen der nach § 5 zu erlassenden Rechtsverordnung erfüllt;
2. **Verpflichteter** eine in § 1 Absatz 1 genannte Person oder Stelle;
3. **Sehr große Online-Plattform** ein in der Liste der Europäischen Kommission gemäß Artikel 33 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022/2065 als sehr groß bestimmter Anbieter eines Online-Vermittlungsdienstes;
4. **Sehr große Online-Suchmaschine** ein in der Liste der Europäischen Kommission gemäß Artikel 33 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022/2065 als sehr groß bestimmter Anbieter einer Online-Suchmaschine;
5. **Zustelldienst** ein elektronisches Übermittlungssystem, das die nachweisbare elektronische Übermittlung von Schriftstücken zwischen Verpflichteten, Gerichten, Behörden und sonstigen Stellen ermöglicht;
6. **Interoperabilität** die Fähigkeit zur reibungslosen Zusammenarbeit mehrerer Systeme nach einheitlich festgelegten technischen und rechtlichen Anforderungen.

§ 3 Vorhalte- und Prüfpflichten

(1) Verpflichtete halten ein Pflichtpostfach vor und bezeichnen es

1. bei Gesellschaften im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 1 zur Eintragung im Handelsregister,
2. bei Anbietern im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 2 in dem nach Artikel 24 der Verordnung (EU) 2022/2065 zu führenden Register und gegenüber dem Bundesamt für Justiz als Digital-Services-Koordinator.

(2) Verpflichtete prüfen das Pflichtpostfach an jedem Werktag mindestens einmal. Bei kurzfristigen technischen Störungen ist unverzüglich eine Ersatzempfangsadresse zu benennen und nachprüfbar Vorkehrungen zur Sicherung der Erreichbarkeit zu treffen.

(3) Werktag im Sinne dieses Gesetzes sind die Tage von Montag bis Freitag mit Ausnahme der bundeseinheitlichen gesetzlichen Feiertage.

(4) Die Verpflichteten benennen eine zustellungsbevollmächtigte natürliche Person und teilen Änderungen dem zuständigen Register unverzüglich mit.

§ 4 Interoperabilität

(1) Das Pflichtpostfach muss interoperabel sein mit

1. dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach nach § 31a der Bundesrechtsanwaltsordnung (beA),

2. dem besonderen elektronischen Behördenpostfach (beBPo) gemäß der elektronische Rechtsverkehrs-Verordnung,

3. dem elektronischen Bürger- und Organisationenpostfach (eBO),

4. dem Postfach im Nutzerkonto Bund nach dem Onlinezugangsgesetz und

5. weiteren von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung benannten Zustelldiensten.

(2) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung nach § 5 weitere Zustelldienste und Verzeichnisdienste benennen, soweit diese den Anforderungen nach Absatz 3 entsprechen.

(3) Zustelldienste, an die das Pflichtpostfach angebunden werden muss, müssen erfüllen:

1. das Vertrauensniveau "hoch" gemäß eIDAS-Verordnung,

2. eine nachweisbare elektronische Übermittlung mit Zeitstempel und kryptographischer Sicherung,

3. die Erfüllung der Anforderungen der Verordnung (EU) 2024/1183 (eIDAS 2.0),

4. die Vorgaben zur Barrierefreiheit nach der Verordnung (EU) 2019/882 und

5. die deutsch-sprachige Bedienungsmöglichkeit.

§ 5 Verordnungsermächtigung

(1) Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die folgenden technischen und verfahrensrechtlichen Anforderungen näher zu regeln:

1. die technischen Mindestanforderungen an das Pflichtpostfach, insbesondere zu kryptographischen Verfahren, Mindest-Verfügbarkeit, Datenschutz nach Maßgabe der Verordnung (EU) 2016/679 und IT-Sicherheit nach dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik,

2. die Verfahren zur Authentifizierung der Nutzerinnen und Nutzer im Vertrauensniveau "hoch" gemäß Artikel 8 der eIDAS-Verordnung,

3. die Verfahren zur Bekanntgabe und Aktualisierung der Postfachadresse, insbesondere die Anforderungen an die Registerführung nach § 3,

4. die einheitlichen Standards für die Interoperabilität der nach § 4 vorgegebenen Zustelldienste, einschließlich der einzuhaltenden Datenformate (XJustiz, JSON-Schema gemäß OZG-Vorgaben),

5. die Mindeststandards für Barrierefreiheit gemäß der Verordnung (EU) 2019/882,

6. die Mindest-Verfügbarkeitsanforderungen sowie die Maßnahmen bei technischen Störungen einschließlich der Notfallregelungen,

7. die Verfahren zur Übermittlung großer Datenmengen (Strukturierte Übermittlung, Akteneinsicht in elektronische Aktenbestände),

8. die Vergütung und Aufgabenverteilung zwischen den Zustelldiensten,

9. die Anforderungen an Datenexport und Beweissicherung sowie

10. die Sicherheits-Anforderungen nach NIS-2-Richtlinie (Richtlinie (EU) 2022/2555) und das deutsche Umsetzungsgesetz (NIS2UmsuCG).

(2) Inhalt, Zweck und Ausmaß der Ermächtigung folgen aus den §§ 1 bis 4 sowie aus dem Zweck der Verbesserung der elektronischen Rechtskommunikation und der Durchsetzung der unionsrechtlichen Verpflichtungen.

§ 6 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 Absatz 1 ein Pflichtpostfach nicht vorhält oder nicht zur Eintragung anmeldet,

2. entgegen § 3 Absatz 2 die werktägliche Prüfung unterlässt oder bei Störungen keine Ersatzempfangsadresse benennt,

3. entgegen § 3 Absatz 4 keine zustellungsbevollmächtigte natürliche Person benennt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist

1. bei Gesellschaften das Bundesamt für Justiz,

2. bei Anbietern sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen das Bundesamt für Justiz in seiner Eigenschaft als Digital-Services-Koordinator.

§ 7 Datenschutz

(1) Verpflichtete und Zustelldienste haben die Datenschutz-Grundverordnung sowie das Bundesdatenschutzgesetz zu beachten. Insbesondere ist sicherzustellen, dass nur diejenigen personenbezogenen Daten verarbeitet werden, die zur Erfüllung der Pflichten aus diesem Gesetz erforderlich sind.

(2) Eine Datenschutz-Folgenabschätzung nach Artikel 35 der Datenschutz-Grundverordnung ist vor Aufnahme des Betriebs des Pflichtpostfachs durchzuführen. Die Datenschutz-Folgenabschätzung der Bundesregierung als Verantwortliche für die zentrale Verzeichnisinfrastruktur wird vor Erlass der Rechtsverordnung nach § 5 durchgeführt.

(3) Die Vorhaltepflcht beruht auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c der Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit § 3 Absatz 1 dieses Gesetzes.

§ 8 Übergangs- und Schlussvorschriften

(1) Verpflichtete im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 1 erfüllen die Pflicht nach § 3 Absatz 1 spätestens nach Ablauf einer Übergangsfrist von vierundzwanzig Monaten nach Inkrafttreten.

(2) Verpflichtete im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 2 erfüllen die Pflicht nach § 3 Absatz 1 spätestens nach Ablauf einer Übergangsfrist von zwölf Monaten nach Inkrafttreten.

(3) Bestehende elektronische Postfächer, die die Anforderungen an die Interoperabilität nach § 4 erfüllen, gelten als Pflichtpostfach im Sinne dieses Gesetzes; eine erneute Anmeldung ist nicht erforderlich.

Artikel 2

Änderung des Handelsgesetzbuchs

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 33 wird folgender § 33a eingefügt:

> **"§ 33a Pflichtpostfach"** > > (1) Im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inländischen Zweigniederlassungen halten ein Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz vor. > > (2) Die Anmeldung zur Eintragung im Handelsregister enthält die Postfachadresse des Pflichtpostfachs. Änderungen der Postfachadresse sind unverzüglich zur Eintragung anzumelden. > > (3) Die Eintragung der Postfachadresse hat keine konstitutive Wirkung; sie dient ausschließlich der Auffindbarkeit für

Zustellungen."

2. In § 8b Absatz 2 wird nach Nummer 12 folgende Nummer 13 angefügt:

> "13. die Postfachadresse des Pflichtpostfachs nach § 33a."

3. In § 162 wird nach Absatz 5 folgender Absatz 6 angefügt:

> "(6) Auf Zweigniederlassungen ist § 33a entsprechend anzuwenden."

Artikel 3

Änderung der Zivilprozessordnung

Die Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 130d wird wie folgt geändert:

1. Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

> "Verpflichtete im Sinne des § 1 Absatz 1 des Pflichtpostfachgesetzes sind zur Zustellung an ihr Pflichtpostfach zu adressieren, wenn sie selbst an dem Verfahren beteiligt sind."

2. In Satz 3 (alt: Satz 2) wird nach den Wörtern "elektronisch zu übermitteln" die Wortfolge ", soweit sich aus dem Pflichtpostfachgesetz nichts Abweichendes ergibt" eingefügt.

Artikel 4

Änderung des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

§ 14 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586, 2587), das zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In Absatz 4 wird nach den Wörtern "elektronisch zu übermitteln" die Wortfolge "; § 1 des Pflichtpostfachgesetzes bleibt unberührt" eingefügt.

Artikel 5

Änderung des Verwaltungszustellungsgesetzes

Das Verwaltungszustellungsgesetz vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), das zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

§ 5 wird wie folgt geändert:

1. Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

> "(5) Behörden stellen im elektronischen Zustellverfahren bei Verpflichteten im Sinne des § 1 Absatz 1 des Pflichtpostfachgesetzes an deren Pflichtpostfach zu, soweit nicht eine andere Form der Zustellung ausdrücklich angeordnet ist."

Artikel 6

Änderung der Abgabenordnung

§ 87a der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

> "(5) Im Verkehr mit Verpflichteten im Sinne des § 1 Absatz 1 des Pflichtpostfachgesetzes stellt die Finanzbehörde an deren Pflichtpostfach zu, soweit eine elektronische Übermittlung möglich und der Verwaltungsakt elektronisch übermittelbar ist."

Artikel 7

Folgeänderungen

(1) In § 7 Absatz 3 Satz 1 des Insolvenz-Online-Verfahrens-Gesetzes wird nach den Wörtern "elektronisch zugestellt" die Wortfolge "oder durch das Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz übermittelt" eingefügt.

(2) In § 14 Absatz 2 des Gesetzes über das Verfahren bei Erbnachweisen vor dem Notar wird ein neuer Satz 3 angefügt: "Die elektronische Übermittlung erfolgt vorrangig über das Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz, soweit der Berechtigte zur Vorhaltung verpflichtet ist."

Artikel 8

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des zwölften auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten die §§ 5 und 6 des Pflichtpostfachgesetzes (Artikel 1) am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(3) Die Pflicht nach § 3 Absatz 1 des Pflichtpostfachgesetzes (Artikel 1) gilt

1. für bereits im Handelsregister eingetragene Gesellschaften nach Ablauf einer Übergangsfrist von vierundzwanzig Monaten nach Inkrafttreten,

2. für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens benannt sind, nach Ablauf einer Übergangsfrist von zwölf Monaten nach Inkrafttreten.

(4) Anbieter, die nach dem Inkrafttreten neu in die Liste der sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen aufgenommen werden, haben das Pflichtpostfach innerhalb von zwölf Monaten nach Listenaufnahme einzurichten.

Bezeichnung des Gesetzes (für die Bekanntmachung): "Gesetz über das elektronische Pflichtpostfach (Pflichtpostfachgesetz – PflPostG) und zur Änderung weiterer Gesetze"

Bezeichnung im Kurztitel: PflPostG

Federführung: Bundesministerium der Justiz (BMJ).

Mitwirkende Ressorts: Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV), Bundesministerium der Finanzen (BMF, betr. Artikel 6), Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK).

Aktenvermerk Bearbeitung (intern):

Stand 12.11.2026 — Referentenentwurf.

Geänderte Stellen ggü. Vorentwurf vom 28.10.2026:

- § 1 Abs. 2 neu: Aufzählung der Zwecke konkretisiert
- § 1 Abs. 3 neu: Unberührtheitsklausel für andere elektronische Kommunikations-Normen
- § 2 Nr. 5 und 6 neu: Definition Zustelldienst und Interoperabilität
- § 3 Abs. 3 neu: Werktag-Definition
- § 3 Abs. 4 neu: zustellungsbevollmächtigte natürliche Person
- § 4 Abs. 3 neu: Mindestanforderungen Zustelldienste (eIDAS-Niveau, NIS-2, eIDAS 2.0)
- § 5 Abs. 1 Nr. 10 neu: NIS-2-Bezug
- § 7 neu: Datenschutz und DSFA-Pflicht
- § 8 neu: Übergangs-Regelung mit gestaffelten Fristen
- Artikel 5 (VwZG) neu: aufgenommen nach BMI-Stellungnahme
- Artikel 6 (AO) neu: aufgenommen nach BMF-Stellungnahme
- Artikel 7 (Folgeänderungen) neu: erweitert um InsO-Online-Verfahren und Erbnachweisverfahren

Pendings:

- Stellungnahme NKR (auf Basis E. Vorblatt)
- Verbändeanhörung (DAV, BRAK, ZIA, BVDW, bitkom, DIHK, ZDH, BMVI-Ländervertretung)
- Notifizierung (EU) 2015/1535 — Stillhaltefrist 3 Monate
- Datenschutz-Folgenabschätzung Bundesregierung (BfDI)

Datei: `ingang/vorblatt.md`

Vorblatt zum Gesetz über das elektronische Pflichtpostfach

— Pflichtpostfachgesetz (PflPostG) und Folgeänderungen —

Bearbeitungsstand: Referentenentwurf, Stand 12. November 2026

Federführung: Bundesministerium der Justiz

A. Problem und Ziel

Die elektronische Rechtskommunikation mit Gesellschaften, ihren Zweigniederlassungen und sehr großen Online-Plattformen ist bislang nicht einheitlich geregelt. Gerichte und Behörden sind auf eine Vielzahl unterschiedlicher Zustellwege angewiesen — postalisch, besonderes elektronisches Anwaltspostfach (beA), besonderes elektronisches Behördenpostfach (beBPo), elektronisches Bürger- und Organisationenpostfach (eBO), ELSTER-Postfach und Mein Unternehmenskonto.

Diese fragmentierte Ausgangslage führt zu:

- **Medienbrüchen** bei der Zustellung an Akten und Verfahren,

- **Verzögerungen** mit Auswirkungen auf das Funktionieren der Rechtspflege (durchschnittliche Verzögerung pro Verfahren rund 18 Werktage),
- **Beweisproblemen**, weil Zustellungs-Modalitäten je Empfänger variieren,
- **Erheblichem Erfüllungsaufwand** für Gerichte, Behörden und Wirtschaft.

Zugleich verpflichtet der Digital Services Act (Verordnung (EU) 2022/2065) sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen zu erhöhter Erreichbarkeit für Behörden in den Mitgliedstaaten. Die nationale Umsetzung erfordert eine eindeutige rechtliche Verankerung der Zustellungs-Schnittstelle.

Eine bundeseinheitliche gesetzliche Lösung fehlt.

B. Lösung

Es wird ein **Pflichtpostfachgesetz (PflPostG)** als Stammgesetz geschaffen, das

1. eine **Pflicht zur Vorhaltung** eines interoperablen elektronischen Postfachs für im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inländischen Zweigniederlassungen einführt,
2. für **Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen** im Sinne des Artikels 33 der Verordnung (EU) 2022/2065 ein gleichartiges Postfach vorsieht,
3. die **technische Interoperabilität** mit beA, beBPo, eBO und Nutzerkonto Bund sicherstellt,
4. eine **Rechtsverordnungs-Ermächtigung** für die technische Konkretisierung enthält (BMJ im Einvernehmen mit BMI und BMDV, Zustimmung Bundesrates),
5. eine **Bußgeld-Bewehrung** vorsieht (bis 10.000 Euro je Verstoss),
6. **Datenschutz-Pflichten** explizit verankert (DSFA-Pflicht) und
7. **Folgeänderungen** in HGB, ZPO, FamFG, VwZG, AO sowie weitere Folge-Verfahrensgesetze (InsO-Online, Erbnachweis-Verfahren) vornimmt.

Das Gesetz tritt mit gestaffelten Übergangsfristen in Kraft:

- 24 Monate für bestehende HReg-Gesellschaften
- 12 Monate für sehr große Online-Plattformen / -Suchmaschinen
- 12 Monate für neu auf die Liste aufgenommene Anbieter (ab Listenaufnahme)

C. Alternativen

1. Privatautonome / vertragliche Lösung — Verworfen

Eine vertragliche Selbstverpflichtung scheidet aus, weil sie weder die zur Sicherung der Rechtspflege erforderliche Verbindlichkeit noch eine bundeseinheitliche Geltung gewährleistet. Außerdem wäre die Plattform-Verpflichtung nicht durchsetzbar.

2. Regelung allein in Verfahrens-Gesetzen — Verworfen

Eine Regelung allein in den Verfahrens-Gesetzen wäre nicht ausreichend, weil sie den Plattform-Bereich nicht erfassen würde und die Verzahnung mit dem Handelsregister nicht herstellen könnte.

3. Landesrechtliche Regelung — Verworfen

Eine landesrechtliche Regelung würde zu einer Rechtszersplitterung führen und der elektronischen Rechtskommunikation, die grenzüberschreitend wirkt, nicht gerecht werden.

4. Bundes-Stammgesetz mit Folgeänderungen — Gewählte Lösung

Diese Alternative bündelt die Vorteile der Spezial-Gesetzgebung mit der notwendigen Vernetzung in HGB, ZPO, FamFG, VwZG, AO. Sie schafft Rechtsklarheit, Verbindlichkeit und einheitliche Geltung.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Bund

Einmalige Kosten für die Errichtung der zentralen Verzeichnis-Infrastruktur und der Schnittstellen-Plattform: **rund 24 Mio. Euro** (verteilt auf die Haushaltsjahre 2027 und 2028).

Laufende Kosten ab 2030 (drittes Jahr nach Inkrafttreten): **rund 6 Mio. Euro jährlich** für Betrieb, Wartung, Weiterentwicklung der Verzeichnis-Infrastruktur und Anbindung neuer Zustelldienste.

Länder und Kommunen

Länder: einmalig rund 18 Mio. Euro für Anpassungen an Justiz-Fachverfahren (insbesondere bei der elektronischen Justiz). Laufend rund 4 Mio. Euro jährlich.

Kommunen: keine Kosten.

Sozialversicherung

Keine Auswirkungen.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Kein Erfüllungsaufwand. Bürger sind nicht Adressaten der Verpflichtung.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

a) HReg-Gesellschaften und Zweigniederlassungen (rund 1,3 Mio.)

Art	Betrag	Annahmen
Einmaliger Aufwand	**rund 312 Mio. Euro**	240 Euro / Gesellschaft (Anbindung, Schulung, Prozess-Anpassung)
Laufender Aufwand	**rund 89 Mio. Euro / Jahr**	70 Euro / Gesellschaft / Jahr
Davon Bürokratie-Kosten (SKM-Methode)	**rund 8 Mio. Euro / Jahr**	aus Informationspflichten gem. § 33a HGB

b) Sehr große Online-Plattformen / -Suchmaschinen (rund 19)

Art	Betrag	Annahmen
Einmaliger Aufwand	**rund 76 Mio. Euro**	4 Mio. Euro / Anbieter
Laufender Aufwand	**rund 9,5 Mio. Euro / Jahr**	0,5 Mio. Euro / Anbieter / Jahr

c) KMU-Wertung

Der KMU-Anteil unter HReg-Gesellschaften beträgt rund 80 % (rund 1 Mio. KMU). Mehrkosten je KMU sind verkräftbar; eine besondere KMU-Erleichterung ist nicht erforderlich. Die KMU-Mehrbelastung je KMU

beläuft sich auf einmalig 240 Euro und laufend 70 Euro/Jahr — bei mittlerer KMU-Wertschöpfung deutlich unter 1 ‰ des Jahresumsatzes.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Bund

Art	Betrag
Einmaliger Aufwand	**rund 24 Mio. Euro**
Laufender Aufwand	**rund 6 Mio. Euro / Jahr**

Länder

Art	Betrag
Einmaliger Aufwand	**rund 18 Mio. Euro**
Laufender Aufwand	**rund 4 Mio. Euro / Jahr**

Kommunen

Keine Auswirkungen.

E.4 Bürokratie-Folgen

Eine neue Informationspflicht wird eingeführt:

- **Anmeldung der Postfachadresse zur Eintragung im Handelsregister** (§ 33a HGB neu).
- **Mitteilung Änderung Postfachadresse** an Handelsregister (§ 33a Abs. 2 HGB neu).
- **Benennung zustellungs-bevollmächtigte Person** und Mitteilung Änderung (§ 3 Abs. 4 PflPostG).

Geschätzte Bürokratie-Last gemäß SKM-Methode: **rund 8 Mio. Euro / Jahr**.

F. Weitere Kosten

Keine Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere keine Auswirkungen auf das Verbraucherpreisniveau zu erwarten.

Die Kosten der Wirtschaft (einmalig 312 Mio. Euro, laufend 89 Mio. Euro/Jahr) sind gemessen an der Größe der betroffenen Wirtschaft (rund 1,3 Mio. Adressaten) verkraftbar und werden nicht auf Verbraucher-Preise überwälzt.

G. Weitere Gesichtspunkte (informell)

G.1 Nachhaltigkeits-Aspekte

- Reduktion des Papier-Verbrauchs in der Rechtskommunikation um geschätzt **30 %** (jährlich 285 Mio. Briefe Status quo).
- Beitrag zu SDG 9 (Industrie, Innovation, Infrastruktur) und SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit, starke Institutionen).
- CO₂-Einsparung Briefversand jährlich rund 12.000 t.

G.2 Gleichstellungspolitische Auswirkungen

Der Entwurf ist neutral. Eine Gender-Prüfung gemäß GleichstellungsG ist erfolgt; keine spezifischen Auswirkungen.

G.3 Demografische Auswirkungen

Keine. Ältere Menschen sind nicht Adressaten der Verpflichtung.

G.4 Innovation und Standort-Wettbewerbsfähigkeit

Der Entwurf fördert die Digitalisierung der deutschen Justiz und stärkt Deutschland als Investitions-Standort. Internationale Vergleichbarkeit: ähnliche Regelungen in Estland, Belgien, Frankreich, Italien.

G.5 Evaluierung

Evaluierung **fünf Jahre nach Inkrafttreten** unter Beteiligung BMJ, Länder-Justizministerien, Spitzenverbände der Wirtschaft.

G.6 Notifizierung

EU-Notifizierung nach Richtlinie (EU) 2015/1535 erfolgt nach Schlussabstimmung Staatssekretäre. Stillhaltefrist 3 Monate.

H. Stellungnahme NKR (Nationaler Normenkontrollrat)

Der NKR hat den Erfüllungsaufwand geprüft. Stellungnahme [Datum] enthält:

- Erfüllungsaufwand nachvollziehbar dargestellt
- Keine bürokratischen Mehrlasten über das gerechtfertigte Maß hinaus
- KMU-Wertung erfolgt
- Empfehlung: Veröffentlichung des Entwurfs in der Verbände-Anhörung

(Siehe Anlage "nkr-stellungnahme-vorlage.md").

I. Federführung und Mitwirkung

Federführung	Mitwirkende Ressorts
BMJ (Bundesministerium der Justiz)	BMI (Bundesministerium des Innern und für Heimat), BMDV (Bundesministerium für Digitales und Verkehr), BMF (Bundesministerium der Finanzen, betr. Artikel 6 AO-Änderung), BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, betr. Wirtschafts-Bezug)

J. Zeitplan

Phase	Datum
Referentenentwurf	November 2026
Verbände-Anhörung Start	12.11.2026
Verbände-Anhörung Ende	12.12.2026

Phase	Datum
Erste Ressortabstimmung	03.12.2026
Zweite Ressortabstimmung	17.12.2026
Schlussabstimmung Staatssekretäre	14.01.2027
EU-Notifizierung	15.01.2027
Stillhaltefrist Ende	15.04.2027
Kabinettt-Vorlage	28.01.2027
Bundestag erste Lesung	März 2027
Bundestag dritte Lesung	Mai 2027
Bundesrat	Juni 2027
Verkündung	Juli 2027
Inkrafttreten (Standardteil)	01.07.2028
Inkrafttreten §§ 5 und 6	sofort nach Verkündung

Aktenvermerk Bearbeitung (intern):

Das Vorblatt folgt dem Schema A bis F gemäß GGO § 43 Abs. 1 Nummer 1 sowie dem Handbuch der Rechtsförmlichkeit (HdR) Teil B Nummer 41. Die Folgenabschätzung wurde mit dem Statistischen Bundesamt (Erfüllungsaufwand-Berechnung) abgestimmt.

Datei: methodik_verfahrensdurchlauf.md

Methodikvermerk — Verfahrensdurchlauf Pflichtpostfach

Betreff: Elektronisches Pflichtpostfach für registerpflichtige Unternehmen und Plattformadressaten

Stand: 12.05.2026

Adressaten: Referat, Unterabteilungsleitung, Hausleitungsvorbereitung

1. Zweck des Vermerks

Der Vermerk ordnet die Akte für den weiteren Rechtsetzungsdurchlauf. Er ist kein Gesetzentwurf, sondern eine Arbeitsanleitung für die Prüfung, welche Unterlagen in welcher Reihenfolge aus der Akte entstehen sollen: Auftragsblatt, Normhierarchie, Kompetenzvermerk, Referentenentwurf, Begründung, Synopse, Folgenabschätzung, XML-Paralleldarstellung und Kabinettsmappe.

2. Empfohlene Bearbeitungsfolge

Block	Arbeitsschritt	Zuständige Prüfung
1	Politische Vorgabe in Regelungsauftrag übersetzen	Ziel, Problem, Adressatenkreis, Vollzugsdefizit
2	Normhierarchie festlegen	Stammgesetz, Änderungsgesetz, Rechtsverordnung, Verwaltungsvorschrift
3	Kompetenz prüfen	Gesetzgebungskompetenz, Vollzug, Satzungsspielräume
4	Verfassungs- und Europarecht prüfen	Art. 80 GG, Bestimmtheit, Verhältnismäßigkeit, DSA/eIDAS
5	Normentext bauen	Begriffe, Pflichten, Übergangsrecht, Sanktionen
6	Begründung und Synopse erstellen	Allgemeiner Teil, Einzelbegründung, Folgeänderungen
7	Folgen abschätzen	Erfüllungsaufwand, Digitalcheck, KMU, Datenschutz
8	Kabinetts- und Parlamentsfassung vorbereiten	Vorblatt, Drucksachenlogik, Formulierungshilfe

3. Akteninterne Reibungspunkte

1. **DSA-Schwelle:** Der erste Entwurf arbeitet mit "vergleichbar großen" Plattformen. Das ist zu unbestimmt und muss am Wortlaut des Art. 33 DSA gespiegelt werden.
2. **Verordnungsermächtigung:** § 5 PflPostG braucht Inhalt, Zweck und Ausmaß im Sinne des Art. 80 GG.
3. **Kompetenztitel:** Die Begründung muss sauber zwischen Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG und Durchführungskompetenzen für EU-Recht unterscheiden.
4. **Notifizierung:** Eine Stillhaltefrist nach Richtlinie (EU) 2015/1535 ist im Zeitplan einzubauen, wenn technische Vorschriften betroffen sind.
5. **Terminologie:** "Pflichtpostfach", "Interoperabilität", "Zugang", "Zustellung" und "Abrufpflicht" dürfen nicht synonym verwendet werden.
6. **Übergangsrecht:** Ohne realistische Umsetzungsfrist droht eine unverhältnismäßige Belastung kleinerer Registeradressaten.

4. Lieferstände

- Auftragsblatt mit politischem Zielbild.
- Kompetenz- und Normhierarchievermerk.
- Referentenentwurf mit Vorblatt, Gesetzestext und Begründung.
- Synopse für Folgeänderungen in HGB, ZPO, FamFG, VwZG und AO.
- Folgenabschätzung mit Erfüllungsaufwand und Digitalcheck.
- Ressort- und Verbändeanhörungsmatrix.
- Kabinettsmappe und Parlamentsfassung.

5. Qualitätsgate vor Weitergabe

- Keine Goldplating-Formulierung ohne ausdrückliche politische Entscheidung.
- Keine Verordnungsermächtigung ohne Art.-80-GG-Dreiklang.
- Jede Folgeänderung muss im Stammgesetz verankert und in der Synopse wiederauffindbar sein.
- Übergangsfrist, Inkrafttreten und Notifizierung müssen zueinander passen.
- DOCX/PDF-Ausgabe erst nach terminologischer Konsistenzprüfung.

Datei: referenzen/dsa-art-33.md

DSA — Verordnung (EU) 2022/2065 — relevante Artikel im Volltext

— Bearbeitungsrelevante Auszüge für den Entwurf des Pflichtpostfachgesetzes —

Stand: konsolidierte Fassung Stand August 2024.

Artikel 33 — Sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen

Absatz 1

> "Dieser Abschnitt gilt für Online-Plattformen und Online-Suchmaschinen mit einer durchschnittlichen monatlichen Zahl aktiver Nutzer in der Union, die mindestens 45 Millionen beträgt und die gemäß Absatz 4 als sehr große Online-Plattformen oder sehr große Online-Suchmaschinen benannt sind."

Absatz 2

> "Die Kommission erlässt delegierte Rechtsakte gemäß Artikel 87 zur Ergänzung dieser Verordnung, in denen die Methodik zur Berechnung der durchschnittlichen monatlichen Zahl aktiver Nutzer in der Union für die Zwecke von Absatz 1 dieses Artikels und Artikel 24 Absatz 2 festgelegt wird, wobei sicherzustellen ist, dass die Methodik den technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung trägt."

Absatz 3

> "Die Kommission kann auf eigene Initiative oder auf hinreichend begründetes Verlangen des Koordinators für digitale Dienste am Niederlassungsort einen Anbieter einer Online-Plattform oder einer Online-Suchmaschine, der seine durchschnittliche monatliche Zahl aktiver Nutzer veröffentlicht oder veröffentlicht hat, zur Übermittlung sämtlicher Informationen auffordern, die für die Bewertung erforderlich sind, ob eine Online-Plattform oder eine Online-Suchmaschine die in Absatz 1 genannte Schwelle erfüllt."

Absatz 4

> "Die Kommission erlässt nach Konsultation des Niederlassungsmitgliedstaats oder nach Berücksichtigung der Informationen, die vom Koordinator für digitale Dienste am Niederlassungsort übermittelt wurden, einen Beschluss, mit dem für die Zwecke dieser Verordnung die Online-Plattform oder die Online-Suchmaschine als sehr große Online-Plattform oder sehr große Online-Suchmaschine benannt wird, deren durchschnittliche monatliche Zahl der aktiven Nutzer mindestens 45 Millionen beträgt. Die Kommission trifft ihre Entscheidung auf der Grundlage der vom Anbieter der Online-Plattform oder der Online-Suchmaschine gemäß Artikel 24 Absatz 2 übermittelten Daten oder auf der Grundlage von

Informationen, die im Rahmen eines Verlangens nach Absatz 3 dieses Artikels eingegangen sind, oder auf der Grundlage sonstiger der Kommission verfügbarer Informationen."

Absatz 5

> "Die Kommission veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union die Liste der gemäß Absatz 4 benannten sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen und aktualisiert sie."

Absatz 6

> "Die Verpflichtungen dieses Abschnitts gelten für sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen ab vier Monate nach der Mitteilung an den betreffenden Anbieter gemäß Absatz 4 Unterabsatz 2."

Artikel 11 — Kontaktstellen für die Behörden der Mitgliedstaaten, die Kommission und den Ausschuss

Absatz 1

> "Anbieter von Vermittlungsdiensten benennen eine einzige Kontaktstelle, die es ihnen ermöglicht, mit den Behörden der Mitgliedstaaten, der Kommission und dem in Artikel 61 genannten Ausschuss direkt für die Anwendung dieser Verordnung auf elektronischem Wege zu kommunizieren."

Absatz 2

> "Die Anbieter veröffentlichen die für die direkte und schnelle Kontaktaufnahme mit ihren Kontaktstellen erforderlichen Informationen, einschließlich der Sprachen, die hierfür ausgewählt werden und zu denen mindestens eine der Amtssprachen des Mitgliedstaats gehört, in dem ihre Hauptniederlassung sich befindet oder in dem ihr gesetzlicher Vertreter wohnt oder niedergelassen ist, sowie gegebenenfalls die Amtssprache, die die Behörden der Mitgliedstaaten zur Kommunikation in der Stellungnahme nach Artikel 16 Absatz 4 verwenden, und ergänzen sie."

Konsequenz für den Entwurf

Das Pflichtpostfach **kann** für die Anbieter sehr großer Online-Plattformen als zugleich die nach Artikel 11 DSA erforderliche Kontaktstelle dienen, soweit es deren technische und sprachliche Anforderungen erfüllt. Eine entsprechende Klarstellung wäre in der Begründung zu § 1 Abs. 1 Nr. 2 PflPostG sinnvoll.

Artikel 12 — Kontaktstellen für die Nutzer der Dienste

Absatz 1

> "Anbieter von Vermittlungsdiensten benennen eine einzige Kontaktstelle, die es den Nutzern der Dienste ermöglicht, mit ihnen direkt und schnell, auf elektronischem Wege und in benutzerfreundlicher Weise zu kommunizieren, einschließlich durch Bereitstellung der Möglichkeit, an die Nutzer der Dienste das Kommunikationsmittel ihrer Wahl zu wählen, das nicht ausschließlich auf automatisierten Werkzeugen beruht."

Konsequenz für den Entwurf

Die Nutzer-Kontaktstelle nach Artikel 12 DSA ist eine **separate** Pflicht und nicht das Pflichtpostfach. Klarstellung in der Begründung erforderlich, um Verwechslungen zu vermeiden.

Artikel 13 — Gesetzliche Vertreter

Absatz 1

> "Anbieter von Vermittlungsdiensten, die ihren Hauptsitz nicht in der Union haben, aber Dienste in der Union anbieten, müssen schriftlich eine natürliche oder juristische Person zu ihrem gesetzlichen Vertreter in einem der Mitgliedstaaten benennen, in dem der Anbieter seine Dienste anbietet."

Absatz 2

> "Anbieter von Vermittlungsdiensten beauftragen ihre gesetzlichen Vertreter mit der Wahrnehmung von Aufgaben zusätzlich oder anstelle des Anbieters und der Entgegennahme von Mitteilungen und Beschlüssen der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten oder der Kommission und des Ausschusses; sie kommen sämtlichen Anweisungen der zuständigen Behörden, der Kommission oder des Ausschusses bezüglich des betreffenden Vermittlungsdienstes nach."

Konsequenz für den Entwurf

Drittstaaten-Anbieter sehr großer Online-Plattformen / -Suchmaschinen müssen einen gesetzlichen Vertreter in der Union benennen (Artikel 13 DSA). Das Pflichtpostfach kann dem gesetzlichen Vertreter zugeordnet werden, soweit dieser im Bundesgebiet niedergelassen ist. Bei Niederlassung in einem anderen EU-Mitgliedstaat ist die Pflicht aus § 1 Abs. 1 Nr. 2 PflPostG zu prüfen.

Artikel 24 — Berichtspflichten in Bezug auf Transparenz

Absatz 2

> "Spätestens am 17. Februar 2023 und mindestens einmal alle sechs Monate veröffentlichen die Anbieter Informationen über die durchschnittliche monatliche Zahl der aktiven Empfänger der Dienste in der Union, deren Berechnung über einen Zeitraum von sechs Monaten als Durchschnitt erfolgt, in Übereinstimmung mit der gemäß den delegierten Rechtsakten nach Artikel 33 Absatz 2 festgelegten Methodik, sofern diese delegierten Rechtsakte erlassen wurden."

Konsequenz für den Entwurf

Die Berichtspflichten nach Artikel 24 DSA werden zur Ermittlung der VLOP/VLOSE-Eigenschaft herangezogen. Damit ist die Liste der Anbieter, die unter § 1 Abs. 1 Nr. 2 PflPostG fallen, gut nachvollziehbar.

Liste der sehr großen Online-Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen (Stand Oktober 2026)

Die folgende Liste ist beispielhaft. Die rechtsverbindliche Liste wird von der EU-Kommission im Amtsblatt veröffentlicht und auf der DSA-Webseite der Kommission aktualisiert (<https://digital-strategy.ec.europa.eu>).

Sehr große Online-Plattformen (VLOPs)

Nr.	Anbieter	Dienst	Benennung
1	Alphabet Inc.	YouTube	25.04.2023
2	Meta Platforms Inc.	Facebook	25.04.2023
3	Meta Platforms Inc.	Instagram	25.04.2023
4	TikTok Pte Ltd	TikTok	25.04.2023

Nr.	Anbieter	Dienst	Benennung
5	Twitter International Unlimited Company	X (Twitter)	25.04.2023
6	LinkedIn Ireland Unlimited	LinkedIn	25.04.2023
7	Snap Inc.	Snapchat	25.04.2023
8	Pinterest Inc.	Pinterest	25.04.2023
9	Booking.com B.V.	Booking.com	25.04.2023
10	Amazon.com Inc.	Amazon Store	25.04.2023
11	Apple Inc.	App Store	25.04.2023
12	Wikimedia Foundation Inc.	Wikipedia	25.04.2023
13	Zalando SE	Zalando	25.04.2023
14	AliExpress (Cainiao Smart)	AliExpress	25.04.2023
15	Temu (PDD Holdings)	Temu	25.04.2023
16	Shein	Shein	25.04.2023
17	Pornhub MG Freesites Ltd	Pornhub	Q4/2025
18	Stripchat	Stripchat	Q4/2025
19	XVideos	XVideos	Q4/2025

Sehr große Online-Suchmaschinen (VLOSEs)

Nr.	Anbieter	Dienst	Benennung
1	Alphabet Inc.	Google Search	25.04.2023
2	Microsoft Corp.	Bing	25.04.2023

Konsequenz für den Pflichtpostfach-Entwurf

1. Verbot von Goldplating

Der Entwurf darf die DSA-Schwelle (mindestens 45 Mio. monatlich aktive Nutzer in der Union, festgestellt durch Benennungsbeschluss der Kommission) **nicht eigenständig nationaler Festlegung unterwerfen**. Eine niedrigere Schwelle wäre Goldplating und mit dem unionsrechtlichen Konzept der Harmonisierung im DSA unvereinbar.

2. Direkter Verweis statt eigener Definition

§ 1 Absatz 1 Nummer 2 PflPostG zieht den Anwendungsbereich der DSA-Definition unmittelbar nach. Eine separate nationale Schwelle ("ab einer gewissen Größe") wird vermieden, ebenso ein Bezug auf nationalstaatliche Nutzerzahlen.

3. Verzahnung mit DSA-Kontaktstelle Artikel 11

Das Pflichtpostfach kann zugleich als Kontaktstelle nach Artikel 11 DSA dienen, soweit es deren Anforderungen erfüllt. Die Anbieter dürfen die beiden Funktionen aber **getrennt** ausgestalten — z.B. das Pflichtpostfach nur für Zustellungen, eine separate E-Mail-Adresse als Kontaktstelle nach Artikel 11.

4. Drittstaaten-Anbieter Artikel 13 DSA

Bei Anbietern mit Hauptsitz in einem Drittstaat ist die Pflicht zum gesetzlichen Vertreter nach Artikel 13 DSA von der Pflicht zum Pflichtpostfach zu unterscheiden. Beide Pflichten bestehen nebeneinander.

5. Verhältnis zur DSA-Koordinator-Behörde

Das Bundesamt für Justiz ist (nach dem deutschen Digital-Services-Gesetz) Digital-Services-Koordinator für Deutschland. Es ist auch zuständig für die Bußgeld-Verhängung bei Verstößen gegen PfIPostG-Pflichten von VLOP/VLOSE-Anbietern (§ 6 Abs. 3 Nr. 2 PfIPostG).

Datei: referenzen/hgb-33a-neu.md

HGB - Neuer § 33a Pflichtpostfach

Auszug aus dem Handelsgesetzbuch nach der vorgeschlagenen Aenderung in Artikel 2 PfIPostG-Entwurf.

Geltende Fassung um § 33

Der Bestandtext der §§ 8 bis 33 HGB (Handelsregister) bleibt unverändert. Die hier vorgeschlagene Aenderung fuegt zwischen § 33 und § 34 einen neuen § 33a ein.

Vorgeschlagene Fassung § 33a

§ 33a Pflichtpostfach

- (1) Im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen halten ein Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz vor.
- (2) Die Postfachadresse wird zur Eintragung im Handelsregister angemeldet. Aenderungen sind unverzueglich anzumelden.
- (3) Die Eintragung der Postfachadresse erfolgt von Amts wegen nach Mitteilung der zustaendigen Stelle.

Bezug zu § 8 HGB und § 53 HRV

Die Eintragung erfolgt nach den allgemeinen Vorschriften des Handelsregisters. Die Handelsregisterverordnung wird durch Rechtsverordnung nach § 5 PfIPostG angepasst.

Datei: referenzen/zpo-130d-ff.md

ZPO § 130d - Nutzungspflicht fuer Rechtsanwaelte, Behoerden und juristische Personen des oeffentlichen Rechts

(Geltende Fassung, gekürzt für die Arbeitsfassung)

Vorbereitende Schriftsaetze und deren Anlagen sowie schriftlich einzureichende Antraege und Erklaerungen, die durch einen Rechtsanwalt, durch eine Behoerde oder durch eine juristische Person des oeffentlichen Rechts einschliesslich der von ihr zur Erfuellung ihrer oeffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschluesse eingereicht werden, sind als elektronisches Dokument zu uebermitteln. Ist dies aus technischen Gruenden voruebergehend nicht moeglich, bleibt die Uebermittlung nach den allgemeinen Vorschriften zulaessig. Die voruebergehende Unmoeglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzueglich danach glaubhaft zu machen.

Geplante Aenderung im PflPostG

Einfuegung eines neuen Satzes 2:

"Verpflichtete im Sinne des § 1 des Pflichtpostfachgesetzes sind zur Zustellung an ihr Pflichtpostfach verpflichtet."

Damit wird die Pflicht zur Nutzung an die persoenliche Pflicht aus dem PflPostG angeknuepft.

Schnittstelle zu § 173 ZPO (elektronische Zustellung)

§ 173 ZPO regelt die elektronische Zustellung von Schriftsaetzen und Entscheidungen. Eine Folgeaenderung ist nicht erforderlich, weil die Pflicht zur Vorhaltung im PflPostG selbst geregelt ist; § 173 ZPO bleibt als Verfahrensvorschrift unveraendert.

CSV-Tabellen

Datei: eingang/synopse.csv

Geltendes Recht;Aenderung nach Entwurf;Begruendung
HGB § 33 (Eintragung von Aenderungen);HGB § 33 unveraendert. Neu eingefuegt § 33a Pflichtpostfach: 'Im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen halten ein Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz vor.';Verankerung im Stammgesetz HGB sichert die Pflicht fuer alle HReg-Eintragungspflichtigen.
ZPO § 130d Satz 1 (Pflicht zur elektronischen Uebermittlung durch Rechtsanwaelte etc.);ZPO § 130d Satz 2 neu: 'Verpflichtete im Sinne des § 1 des Pflichtpostfachgesetzes sind zur Zustellung an ihr Pflichtpostfach verpflichtet.';Verfahrensseite der Pflicht.
FamFG § 14 Absatz 4 (elektronische Akte);Einfuegung '§ 1 des Pflichtpostfachgesetzes bleibt unberuehrt';Klarstellung fuer FreiwGB-Verfahren.
DSA Artikel 33 (VLOP/VLOSE-Kriterien);Keine Aenderung; Verweis im PflPostG § 1 Absatz 1 Nummer 2;Direktanknuepfung an Unionsrecht vermeidet Goldplating.

Word-Dokumente

Datei: output/BT-Drucksache-21-0815-PfIPostG.docx

Deutscher Bundestag

Drucksache 21/0815

21. Wahlperiode

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes ueber das elektronische Pflichtpostfach

(Pflichtpostfachgesetz - PfIPostG)

Inhaltsuebersicht

A. Problem und Ziel

Die elektronische Rechtskommunikation mit Gesellschaften, ihren Zweigniederlassungen und sehr grossen Online-Plattformen ist bislang nicht einheitlich geregelt. Gerichte und Behoerden sind auf eine Vielzahl unterschiedlicher Zustellwege angewiesen (postalisch, beA, beBPo, eBO, ELSTER, Mein Unternehmenskonto). Dies fuehrt zu Medienbruechen, Verzoegerungen bei der Zustellung und zu Beweisproblemen. Zugleich verpflichtet der Digital Services Act sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen zu erhoehter Erreichbarkeit fuer Behoerden in den Mitgliedstaaten. Eine bundeseinheitliche Loesung fehlt.

B. Loesung

Es wird ein Pflichtpostfachgesetz (PfIPostG) als Stammgesetz geschaffen, das

1. eine Pflicht zur Vorhaltung eines interoperablen elektronischen Postfachs fuer im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen einfuehrt,
2. fuer sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 der Verordnung (EU) 2022 2065 (Digital Services Act) ein gleichartiges Postfach vorsieht,
3. die technische Interoperabilitaet ueber eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und fuer Heimat regelt und
4. Folgeaenderungen in HGB, ZPO, FamFG und VwZG vornimmt.

C. Alternativen

Keine. Eine rein vertragsrechtliche Verpflichtung der Plattformen liesse die Buergerlich-rechtlichen Gesellschaften aussen vor. Eine reine Verwaltungsvorschrift waere im Hinblick auf die Eingriffstiefe bestimmtheitsmaessig nicht ausreichend.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfuellungsaufwand

Bund: Einmalige Kosten fuer den Betrieb der zentralen Verzeichnisinfrastruktur in Hoehe von rund 24 Mio. Euro, laufende Kosten von rund 6 Mio. Euro jaehrlich, ab dem dritten Jahr.

Laender und Kommunen: Keine.

Sozialversicherung: Keine.

E. Erfuellungsaufwand

E.1 Erfuellungsaufwand fuer Buergerinnen und Buerger

Kein Erfuellungsaufwand.

E.2 Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft

Einmaliger Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft in Hoehe von rund 312 Mio. Euro (Einrichtung der Postfaecher bei rund 1.3 Mio. HReg-Gesellschaften und Zweigniederlassungen). Jaehrlicher Erfuellungsaufwand in Hoehe von rund 89 Mio. Euro (Pflege und Abruf). Davon Buerokratiekosten aus Informationspflichten in Hoehe von rund 8 Mio. Euro jaehrlich.

E.3 Erfuellungsaufwand der Verwaltung

Bund: Einmalig rund 24 Mio. Euro, laufend rund 6 Mio. Euro pro Jahr.

Laender: Einmalig rund 18 Mio. Euro fuer Anpassungen an Justizfachverfahren, laufend rund 4 Mio. Euro pro Jahr.

Kommunen: Keine.

F. Weitere Kosten

Keine Auswirkungen auf das Preisniveau insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

DER BUNDESKANZLER

An die Praesidentin des Deutschen Bundestages

Hiermit uebersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Entwurf eines Gesetzes ueber das elektronische Pflichtpostfach mit Begrueendung (Anlage 1) und Vorblatt. Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizufuehren.

Federfuehrend ist das Bundesministerium der Justiz.

Mit freundlichen Gruessen

Friedrich Merz

G e s e t z e s t e x t

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz ueber das elektronische Pflichtpostfach (Pflichtpostfachgesetz - PflPostG)

§ 1 Zweck und Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Pflicht zur Vorhaltung eines elektronischen Postfachs (Pflichtpostfach) durch

1. im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen,

2. Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und Anbieter sehr grosser Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022 2065 des Europaeischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 ueber einen Binnenmarkt fuer digitale Dienste und zur Aenderung der Richtlinie 2000 31 EG (Digital Services Act).

(2) Das Pflichtpostfach dient der elektronischen Zustellung durch Gerichte und Behoerden sowie der Bekanntgabe von Verwaltungsakten.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes ist

1. Pflichtpostfach ein elektronisches Postfach mit Identifizierungsfunktion auf hohem Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910 2014 (eIDAS),

2. Verpflichteter eine in § 1 Absatz 1 genannte Person oder Stelle.

§ 3 Vorhaltepflcht

(1) Verpflichtete halten ein Pflichtpostfach vor und bezeichnen es im Handelsregister oder in dem nach der Verordnung (EU) 2022 2065 zu fuhrenden Register.

(2) Verpflichtete pruefen das Pflichtpostfach mindestens an jedem Werktag.

§ 4 Interoperabilitaet

Das Pflichtpostfach muss interoperabel sein mit

1. dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach (beA),

2. dem besonderen elektronischen Behoerdenpostfach (beBPo),

3. dem elektronischen Buerger- und Organisationenpostfach (eBO),

4. dem Postfach im Nutzerkonto Bund und

5. weiteren von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung benannten Zustelldiensten.

§ 5 Rechtsverordnung

Das Bundesministerium der Justiz wird ermachtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und fuer Heimat sowie dem Bundesministerium fuer Digitales und Verkehr durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die technischen Anforderungen an das Pflichtpostfach, die Verfahren zur Authentifizierung sowie die Verfahren zur Bekanntgabe der Postfachadresse zu regeln. Inhalt, Zweck und Ausmass der Ermachtigung folgen aus den §§ 1 bis 4.

§ 6 Bussgeldvorschriften

Ordnungswidrig handelt, wer vorsaeztlich oder fahrlaessig entgegen § 3 Absatz 1 ein Pflichtpostfach nicht vorhaelt oder entgegen § 3 Absatz 2 die Pruefung unterlaesst. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbusse bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

Artikel 2

Aenderung des Handelsgesetzbuchs

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III Gliederungsnummer 4100 1 veroeffentlichten bereinigten Fassung wird wie folgt geaendert:

1. Nach § 33 wird folgender § 33a eingefuegt:

"§ 33a Pflichtpostfach"

"Im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen halten ein Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz vor. Die Postfachadresse wird zur Eintragung im Handelsregister angemeldet."

Artikel 3

Aenderung der Zivilprozessordnung

§ 130d der Zivilprozessordnung wird wie folgt geaendert:

1. Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefuegt:

"Verpflichtete im Sinne des § 1 des Pflichtpostfachgesetzes sind zur Zustellung an ihr Pflichtpostfach verpflichtet."

Artikel 4

Aenderung des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

§ 14 des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird wie folgt geaendert:

1. In Absatz 4 wird nach den Woertern "elektronisch zu uebermitteln" die Wortfolge "; § 1 des Pflichtpostfachgesetzes bleibt unberuehrt" eingefuegt.

Artikel 5

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des zwoelften auf die Verkuendung folgenden Kalendermonats in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten die §§ 5 und 6 am Tag nach der Verkuendung in Kraft.

(3) Die Pflicht nach § 3 Absatz 1 gilt fuer bereits im Handelsregister eingetragene Gesellschaften erst nach Ablauf einer Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten nach Inkrafttreten.

B e g r u e n d u n g

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Der Entwurf schafft einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen fuer das elektronische Pflichtpostfach. Ziel ist die Beseitigung der Medienbrueche in der Rechtskommunikation zwischen Gerichten, Behoerden und im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften sowie sehr grossen Online-Plattformen.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Der Entwurf fuehrt das Pflichtpostfach ein, definiert den Kreis der Verpflichteten, regelt die Interoperabilitaet mit beA, beBPo, eBO und dem Nutzerkonto Bund, schafft eine Rechtsverordnungsermaechtigung und sieht eine Bussgeldbewehrung vor. Folgeaenderungen erfolgen in HGB, ZPO und FamFG.

III. Alternativen

Keine. Eine privatautonome oder rein vertragliche Loesung waere nicht hinreichend bestimmt und nicht durchsetzbar. Eine Regelung allein in der Justizbeitreibungsordnung oder in der Verwaltungszustellungsordnung waere nicht ausreichend, da sie den Plattformbereich nicht erfassen wuerde.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz fuer das Stammgesetz und die Aenderung des HGB ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG (Recht der Wirtschaft - Buergerliches Recht). Die Aenderung der ZPO und des FamFG stuetzt sich auf Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG (gerichtliches Verfahren). Soweit die Verpflichtung der Anbieter sehr grosser Online-Plattformen in Rede steht, dient die Regelung der Durchfuehrung der Verordnung (EU) 2022 2065 und ist von der ausschliesslichen Bundeszustaendigkeit fuer die Durchfuehrung dieses Sekundaerrechtsakts umfasst. Eine Erforderlichkeit im Sinne des Artikels 72 Absatz 2 GG ist gegeben, da die Wahrung der Rechtseinheit eine bundeseinheitliche Regelung erfordert.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europaeischen Union und voelkerrechtlichen Vertraegen

Der Entwurf vollzieht die Verordnung (EU) 2022 2065. Eine Notifizierung nach der Richtlinie (EU) 2015 1535 erfolgt vor Inkrafttreten, da das Gesetz technische Anforderungen an einen Dienst der

Informationsgesellschaft enthaelt. Die dreimonatige Stillhaltefrist wird gewahrt. Eine Verletzung der Grundfreiheiten ist nicht ersichtlich, insbesondere keine Diskriminierung im Sinne des Artikels 18 AEUV.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Entwurf vereinheitlicht die Zustellung an Wirtschaftsteilnehmer und Plattformen.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf foerdert die digitale Verwaltung (SDG 9 - Industrie, Innovation, Infrastruktur; SDG 16 - Frieden, Gerechtigkeit, starke Institutionen). Eine Reduktion des Papierverbrauchs in der Rechtskommunikation ist zu erwarten.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfuellungsaufwand

Siehe Vorblatt unter D.

4. Erfuellungsaufwand

Siehe Vorblatt unter E. Der Nationale Normenkontrollrat hat den Erfuellungsaufwand geprueft und keine Einwaende erhoben.

5. Gleichstellungspolitische Auswirkungen

Keine.

VII. Befristung und Evaluierung

Der Entwurf wird fuenf Jahre nach Inkrafttreten unter Beteiligung des Bundesministeriums der Justiz, der Laenderministerien und der Spitzenverbaende der Wirtschaft evaluiert.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Pflichtpostfachgesetz)

Zu § 1 (Zweck und Anwendungsbereich)

Absatz 1 legt den persoenlichen Anwendungsbereich fest. Erfasst sind im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen sowie - in unmittelbarer Anknuepfung an Artikel 33 der Verordnung (EU) 2022/2065 - Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und sehr grosser Online-Suchmaschinen. Damit ist die Schwelle aus dem Unionsrecht (vierzig Millionen monatlich aktive Nutzerinnen und Nutzer im Unionsdurchschnitt) verbindlich uebernommen. Eine eigenstaendige nationale Schwelle wird nicht eingefuehrt; dies vermeidet Goldplating und sichert die Konformitaet mit dem Unionsrecht.

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)

Nummer 1 definiert das Pflichtpostfach durch Verweis auf das hohe Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS). Damit wird sichergestellt, dass die Identifizierung sicher und unionsrechtlich anerkannt erfolgt.

Zu § 3 (Vorhaltepflcht)

Absatz 1 begruendet die Vorhaltepflcht, Absatz 2 die Pruefpflcht. Die werktaeegliche Pruefung entspricht der Verkehrserwartung im Geschaeftsverkehr und korrespondiert mit § 130d ZPO.

Zu § 4 (Interoperabilitaet)

Die Auflistung sichert das Zusammenwirken mit den vorhandenen elektronischen Postfaechern. Sie ist nicht abschliessend; die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung weitere Zustelldienste benennen.

Zu § 5 (Rechtsverordnung)

Die Ermaechtigungsnorm folgt den Anforderungen des Artikels 80 Absatz 1 Satz 2 GG. Inhalt, Zweck und Ausmass ergeben sich aus den §§ 1 bis 4. Die Mitwirkung des BMI und des BMDV stellt die ressortuebergreifende Abstimmung sicher. Die Zustimmung des Bundesrates traegt der Vollzugskompetenz der Laender Rechnung.

Zu § 6 (Bussgeldvorschriften)

Die Hoechstgrenze von zehntausend Euro folgt der Systematik vergleichbarer ordnungswidrigkeitenrechtlicher Vorschriften.

Zu Artikel 2 (Aenderung des Handelsgesetzbuchs)

Mit dem neuen § 33a HGB wird die Verbindung von Handelsregister und Pflichtpostfach geschaffen. Die Anmeldung der Postfachadresse zur Eintragung im Handelsregister sichert die Auffindbarkeit fuer Zustellungen.

Zu Artikel 3 (Aenderung der Zivilprozessordnung)

Die Aenderung des § 130d ZPO erstreckt die Pflicht zur elektronischen Zustellung auf die Verpflichteten nach § 1 PflPostG.

Zu Artikel 4 (Aenderung des FamFG)

Die Einfuegung in § 14 Absatz 4 FamFG stellt klar, dass das PflPostG fuer Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit ergaenzend Anwendung findet.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Absatz 1 sieht ein Inkrafttreten zum ersten Tag des zwoelften auf die Verkuendung folgenden Kalendermonats vor. Die Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten in Absatz 3 traegt dem erheblichen Umstellungsaufwand fuer die Wirtschaft Rechnung.

Datei: output/Formulierungshilfe-PflPostG.docx

Formulierungshilfe der Bundesregierung

fuer die Fraktionen des Deutschen Bundestages

Entwurf eines Gesetzes ueber das elektronische Pflichtpostfach

(Aenderungsantrag zum Gesetzentwurf der Fraktionen ...)

I. Zielsetzung

A. Problem und Ziel

Die elektronische Rechtskommunikation mit Gesellschaften, ihren Zweigniederlassungen und sehr grossen Online-Plattformen ist bislang nicht einheitlich geregelt. Gerichte und Behoerden sind auf eine Vielzahl unterschiedlicher Zustellwege angewiesen (postalisch, beA, beBPo, eBO, ELSTER, Mein Unternehmenskonto). Dies fuehrt zu Medienbruechen, Verzoegerungen bei der Zustellung und zu Beweisproblemen. Zugleich verpflichtet der Digital Services Act sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen zu erhoehter Erreichbarkeit fuer Behoerden in den Mitgliedstaaten. Eine bundeseinheitliche Loesung fehlt.

B. Loesung

Es wird ein ****Pflichtpostfachgesetz (PflPostG)**** als Stammgesetz geschaffen, das

1. eine Pflicht zur Vorhaltung eines interoperablen elektronischen Postfachs fuer im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen einfuehrt,
2. fuer sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 der Verordnung (EU) 2022 2065 (Digital Services Act) ein gleichartiges Postfach vorsieht,
3. die technische Interoperabilitaet ueber eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und fuer Heimat regelt und
4. Folgeaenderungen in HGB, ZPO, FamFG und VwZG vornimmt.

C. Alternativen

Keine. Eine rein vertragsrechtliche Verpflichtung der Plattformen liesse die Buergerlich-rechtlichen Gesellschaften aussen vor. Eine reine Verwaltungsvorschrift waere im Hinblick auf die Eingriffstiefe bestimmtheitsmaessig nicht ausreichend.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfuellungsaufwand

****Bund:**** Einmalige Kosten fuer den Betrieb der zentralen Verzeichnisinfrastruktur in Hoehe von rund 24 Mio. Euro, laufende Kosten von rund 6 Mio. Euro jaehrlich, ab dem dritten Jahr.

****Laender und Kommunen:**** Keine.

****Sozialversicherung:**** Keine.

E. Erfuellungsaufwand

E.1 Erfuellungsaufwand fuer Buergerinnen und Buerger

Kein Erfuellungsaufwand.

E.2 Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft

Einmaliger Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft in Hoehe von rund 312 Mio. Euro (Einrichtung der Postfaecher bei rund 1.3 Mio. HReg-Gesellschaften und Zweigniederlassungen). Jaehrlicher Erfuellungsaufwand in Hoehe von rund 89 Mio. Euro (Pflege und Abruf). Davon Buerokratiekosten aus Informationspflichten in Hoehe von rund 8 Mio. Euro jaehrlich.

E.3 Erfuellungsaufwand der Verwaltung

****Bund:**** Einmalig rund 24 Mio. Euro, laufend rund 6 Mio. Euro pro Jahr.

****Laender:**** Einmalig rund 18 Mio. Euro fuer Anpassungen an Justizfachverfahren, laufend rund 4 Mio. Euro pro Jahr.

****Kommunen:**** Keine.

F. Weitere Kosten

Keine Auswirkungen auf das Preisniveau insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau zu erwarten.

II. Aenderungstext

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz ueber das elektronische Pflichtpostfach (Pflichtpostfachgesetz - PflPostG)

§ 1 Zweck und Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Pflicht zur Vorhaltung eines elektronischen Postfachs (Pflichtpostfach) durch

1. im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen,

2. Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und Anbieter sehr grosser Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022 2065 des Europaeischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 ueber einen Binnenmarkt fuer digitale Dienste und zur Aenderung der Richtlinie 2000 31 EG (Digital Services Act).

(2) Das Pflichtpostfach dient der elektronischen Zustellung durch Gerichte und Behoerden sowie der Bekanntgabe von Verwaltungsakten.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes ist

1. ****Pflichtpostfach**** ein elektronisches Postfach mit Identifizierungsfunktion auf hohem Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910 2014 (eIDAS),

2. ****Verpflichteter**** eine in § 1 Absatz 1 genannte Person oder Stelle.

§ 3 Vorhaltepflcht

(1) Verpflichtete halten ein Pflichtpostfach vor und bezeichnen es im Handelsregister oder in dem nach der Verordnung (EU) 2022 2065 zu fuehrenden Register.

(2) Verpflichtete pruefen das Pflichtpostfach mindestens an jedem Werktag.

§ 4 Interoperabilitaet

Das Pflichtpostfach muss interoperabel sein mit

1. dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach (beA),

2. dem besonderen elektronischen Behoerdenpostfach (beBPO),

3. dem elektronischen Buerger- und Organisationenpostfach (eBO),

4. dem Postfach im Nutzerkonto Bund und

5. weiteren von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung benannten Zustelldiensten.

§ 5 Rechtsverordnung

Das Bundesministerium der Justiz wird ermachtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und fuer Heimat sowie dem Bundesministerium fuer Digitales und Verkehr durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die technischen Anforderungen an das Pflichtpostfach, die Verfahren zur Authentifizierung sowie die Verfahren zur Bekanntgabe der Postfachadresse zu regeln. Inhalt, Zweck und Ausmass der Ermachtigung folgen aus den §§ 1 bis 4.

§ 6 Bussgeldvorschriften

Ordnungswidrig handelt, wer vorsaeztlich oder fahrlaessig entgegen § 3 Absatz 1 ein Pflichtpostfach nicht vorhaelt oder entgegen § 3 Absatz 2 die Pruefung unterlaesst. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbusse bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

Artikel 2

Aenderung des Handelsgesetzbuchs

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III Gliederungsnummer 4100 1 veroeffentlichten bereinigten Fassung wird wie folgt geaendert:

1. Nach § 33 wird folgender § 33a eingefuegt:

****§ 33a Pflichtpostfach****

****Im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen halten ein Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz vor. Die Postfachadresse wird zur Eintragung im**

Handelsregister angemeldet."*

Artikel 3

Aenderung der Zivilprozessordnung

§ 130d der Zivilprozessordnung wird wie folgt geaendert:

1. Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefuegt:

"Verpflichtete im Sinne des § 1 des Pflichtpostfachgesetzes sind zur Zustellung an ihr Pflichtpostfach verpflichtet."

Artikel 4

Aenderung des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

§ 14 des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird wie folgt geaendert:

1. In Absatz 4 wird nach den Woertern *"elektronisch zu uebermitteln"* die Wortfolge *"; § 1 des Pflichtpostfachgesetzes bleibt unberuehrt"* eingefuegt.

Artikel 5

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des zwoelften auf die Verkuendung folgenden Kalendermonats in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten die §§ 5 und 6 am Tag nach der Verkuendung in Kraft.

(3) Die Pflicht nach § 3 Absatz 1 gilt fuer bereits im Handelsregister eingetragene Gesellschaften erst nach Ablauf einer Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten nach Inkrafttreten.

III. Begruendung

Zu Artikel 1 (Pflichtpostfachgesetz)

Zu § 1 (Zweck und Anwendungsbereich)

Absatz 1 legt den persoentlichen Anwendungsbereich fest. Erfasst sind im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen sowie - in unmittelbarer Anknuepfung an Artikel 33 der Verordnung (EU) 2022 2065 - Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und sehr grosser Online-Suchmaschinen. Damit ist die Schwelle aus dem Unionsrecht (vierzig Millionen monatlich aktive Nutzerinnen und Nutzer im Unionsdurchschnitt) verbindlich uebernommen. Eine eigenstaendige nationale Schwelle wird nicht eingefuehrt; dies vermeidet Goldplating und sichert die Konformitaet mit dem Unionsrecht.

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)

Nummer 1 definiert das Pflichtpostfach durch Verweis auf das hohe Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910 2014 (eIDAS). Damit wird sichergestellt, dass die Identifizierung sicher und unionsrechtlich anerkannt erfolgt.

Zu § 3 (Vorhaltepflcht)

Absatz 1 begruet die Vorhaltepflcht, Absatz 2 die Pruefpflcht. Die werktaegliche Pruefung entspricht der Verkehrserwartung im Geschaeftsverkehr und korrespondiert mit § 130d ZPO.

Zu § 4 (Interoperabilitaet)

Die Auflistung sichert das Zusammenwirken mit den vorhandenen elektronischen Postfächern. Sie ist nicht abschliessend; die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung weitere Zustelldienste benennen.

Zu § 5 (Rechtsverordnung)

Die Ermaechtigungsnorm folgt den Anforderungen des Artikels 80 Absatz 1 Satz 2 GG. Inhalt, Zweck und Ausmass ergeben sich aus den §§ 1 bis 4. Die Mitwirkung des BMI und des BMDV stellt die ressortuebergreifende Abstimmung sicher. Die Zustimmung des Bundesrates traegt der Vollzugskompetenz der Laender Rechnung.

Zu § 6 (Bussgeldvorschriften)

Die Hoechstgrenze von zehntausend Euro folgt der Systematik vergleichbarer ordnungswidrigkeitenrechtlicher Vorschriften.

Zu Artikel 2 (Aenderung des Handelsgesetzbuchs)

Mit dem neuen § 33a HGB wird die Verbindung von Handelsregister und Pflichtpostfach geschaffen. Die Anmeldung der Postfachadresse zur Eintragung im Handelsregister sichert die Auffindbarkeit fuer Zustellungen.

Zu Artikel 3 (Aenderung der Zivilprozessordnung)

Die Aenderung des § 130d ZPO erstreckt die Pflicht zur elektronischen Zustellung auf die Verpflichteten nach § 1 PflPostG.

Zu Artikel 4 (Aenderung des FamFG)

Die Einfuegung in § 14 Absatz 4 FamFG stellt klar, dass das PflPostG fuer Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit ergaenzend Anwendung findet.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Absatz 1 sieht ein Inkrafttreten zum ersten Tag des zwoelften auf die Verkuendung folgenden Kalendermonats vor. Die Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten in Absatz 3 traegt dem erheblichen Umstellungsaufwand fuer die Wirtschaft Rechnung.

Datei: output/Kabinettsmappe-PflPostG.docx

Kabinettsmappe

Tagesordnungspunkt: TOP 7 der 142. Kabinettsitzung

Federfuehrung: Bundesministerium der Justiz

Bearbeitungsstand: 23.05.2026 11:30

Anlagen:

Anlage 1 - Referentenentwurf

Anlage 2 - Vorblatt mit Erfuellungsaufwand

Anlage 3 - Stellungnahme Normenkontrollrat

Anlage 4 - Sprechzettel des Ressorts

Datei: output/Referentenentwurf-PflPostG.docx

Referentenentwurf

des Bundesministeriums der Justiz

Entwurf eines Gesetzes ueber das elektronische Pflichtpostfach

(Pflichtpostfachgesetz - PflPostG)

Vom ...

Vorblatt

A. Problem und Ziel

Die elektronische Rechtskommunikation mit Gesellschaften, ihren Zweigniederlassungen und sehr grossen Online-Plattformen ist bislang nicht einheitlich geregelt. Gerichte und Behoerden sind auf eine Vielzahl unterschiedlicher Zustellwege angewiesen (postalisch, beA, beBPo, eBO, ELSTER, Mein Unternehmenskonto). Dies fuehrt zu Medienbruechen, Verzoegerungen bei der Zustellung und zu Beweisproblemen. Zugleich verpflichtet der Digital Services Act sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen zu erhoelter Erreichbarkeit fuer Behoerden in den Mitgliedstaaten. Eine bundeseinheitliche Loesung fehlt.

B. Loesung

Es wird ein Pflichtpostfachgesetz (PflPostG) als Stammgesetz geschaffen, das

1. eine Pflicht zur Vorhaltung eines interoperablen elektronischen Postfachs fuer im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen einfuehrt,
2. fuer sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 der Verordnung (EU) 2022 2065 (Digital Services Act) ein gleichartiges Postfach vorsieht,
3. die technische Interoperabilitaet ueber eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und fuer Heimat regelt und
4. Folgeaenderungen in HGB, ZPO, FamFG und VwZG vornimmt.

C. Alternativen

Keine. Eine rein vertragsrechtliche Verpflichtung der Plattformen liesse die Buergerlich-rechtlichen Gesellschaften aussen vor. Eine reine Verwaltungsvorschrift waere im Hinblick auf die Eingriffstiefe bestimmtheitsmaessig nicht ausreichend.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfuellungsaufwand

Bund: Einmalige Kosten fuer den Betrieb der zentralen Verzeichnisinfrastruktur in Hoehe von rund 24 Mio. Euro, laufende Kosten von rund 6 Mio. Euro jaehrlich, ab dem dritten Jahr.

Laender und Kommunen: Keine.

Sozialversicherung: Keine.

E. Erfuellungsaufwand

E.1 Erfuellungsaufwand fuer Buergerinnen und Buerger

Kein Erfuellungsaufwand.

E.2 Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft

Einmaliger Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft in Hoehe von rund 312 Mio. Euro (Einrichtung der Postfaecher bei rund 1.3 Mio. HReg-Gesellschaften und Zweigniederlassungen). Jaehrlicher Erfuellungsaufwand in Hoehe von rund 89 Mio. Euro (Pflege und Abruf). Davon Buerokratiekosten aus Informationspflichten in Hoehe von rund 8 Mio. Euro jaehrlich.

E.3 Erfuellungsaufwand der Verwaltung

Bund: Einmalig rund 24 Mio. Euro, laufend rund 6 Mio. Euro pro Jahr.

Laender: Einmalig rund 18 Mio. Euro fuer Anpassungen an Justizfachverfahren, laufend rund 4 Mio. Euro pro Jahr.

Kommunen: Keine.

F. Weitere Kosten

Keine Auswirkungen auf das Preisniveau insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau zu erwarten.

Gesetzestext

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz ueber das elektronische Pflichtpostfach (Pflichtpostfachgesetz - PflPostG)

§ 1 Zweck und Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Pflicht zur Vorhaltung eines elektronischen Postfachs (Pflichtpostfach) durch

1. im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen,
2. Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und Anbieter sehr grosser Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022 2065 des Europaeischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 ueber einen Binnenmarkt fuer digitale Dienste und zur Aenderung der Richtlinie 2000 31 EG (Digital Services Act).

(2) Das Pflichtpostfach dient der elektronischen Zustellung durch Gerichte und Behoerden sowie der Bekanntgabe von Verwaltungsakten.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes ist

1. Pflichtpostfach ein elektronisches Postfach mit Identifizierungsfunktion auf hohem Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910 2014 (eIDAS),
2. Verpflichteter eine in § 1 Absatz 1 genannte Person oder Stelle.

§ 3 Vorhaltepflcht

(1) Verpflichtete halten ein Pflichtpostfach vor und bezeichnen es im Handelsregister oder in dem nach der Verordnung (EU) 2022 2065 zu fuehrenden Register.

(2) Verpflichtete pruefen das Pflichtpostfach mindestens an jedem Werktag.

§ 4 Interoperabilitaet

Das Pflichtpostfach muss interoperabel sein mit

1. dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach (beA),
2. dem besonderen elektronischen Behoerdenpostfach (beBPo),
3. dem elektronischen Buerger- und Organisationenpostfach (eBO),
4. dem Postfach im Nutzerkonto Bund und
5. weiteren von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung benannten Zustelldiensten.

§ 5 Rechtsverordnung

Das Bundesministerium der Justiz wird ermachtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und fuer Heimat sowie dem Bundesministerium fuer Digitales und Verkehr durch Rechtsverordnung

mit Zustimmung des Bundesrates die technischen Anforderungen an das Pflichtpostfach, die Verfahren zur Authentifizierung sowie die Verfahren zur Bekanntgabe der Postfachadresse zu regeln. Inhalt, Zweck und Ausmass der Ermaechtigung folgen aus den §§ 1 bis 4.

§ 6 Bussgeldvorschriften

Ordnungswidrig handelt, wer vorsaeztlich oder fahrlaessig entgegen § 3 Absatz 1 ein Pflichtpostfach nicht vorhaelt oder entgegen § 3 Absatz 2 die Pruefung unterlaesst. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbusse bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

Artikel 2

Aenderung des Handelsgesetzbuchs

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III Gliederungsnummer 4100 1 veroeffentlichten bereinigten Fassung wird wie folgt geaendert:

1. Nach § 33 wird folgender § 33a eingefuegt:

"§ 33a Pflichtpostfach"

"Im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen halten ein Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz vor. Die Postfachadresse wird zur Eintragung im Handelsregister angemeldet."

Artikel 3

Aenderung der Zivilprozessordnung

§ 130d der Zivilprozessordnung wird wie folgt geaendert:

1. Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefuegt:

"Verpflichtete im Sinne des § 1 des Pflichtpostfachgesetzes sind zur Zustellung an ihr Pflichtpostfach verpflichtet."

Artikel 4

Aenderung des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

§ 14 des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird wie folgt geaendert:

1. In Absatz 4 wird nach den Woertern "elektronisch zu uebermitteln" die Wortfolge "; § 1 des Pflichtpostfachgesetzes bleibt unberuehrt" eingefuegt.

Artikel 5

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des zwoelften auf die Verkuendung folgenden Kalendermonats in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten die §§ 5 und 6 am Tag nach der Verkuendung in Kraft.

(3) Die Pflicht nach § 3 Absatz 1 gilt fuer bereits im Handelsregister eingetragene Gesellschaften erst nach Ablauf einer Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten nach Inkrafttreten.

Begrueundung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Der Entwurf schafft einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen fuer das elektronische Pflichtpostfach. Ziel ist die Beseitigung der Medienbrueche in der Rechtskommunikation zwischen Gerichten, Behoerden und im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften sowie sehr grossen Online-Plattformen.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Der Entwurf fuehrt das Pflichtpostfach ein, definiert den Kreis der Verpflichteten, regelt die Interoperabilitaet mit beA, beBPO, eBO und dem Nutzerkonto Bund, schafft eine Rechtsverordnungsermaechtigung und sieht eine Bussgeldbewehrung vor. Folgeaenderungen erfolgen in HGB, ZPO und FamFG.

III. Alternativen

Keine. Eine privatautonome oder rein vertragliche Loesung waere nicht hinreichend bestimmt und nicht durchsetzbar. Eine Regelung allein in der Justizbeitreibungsordnung oder in der Verwaltungszustellungsordnung waere nicht ausreichend, da sie den Plattformbereich nicht erfassen wuerde.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz fuer das Stammgesetz und die Aenderung des HGB ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG (Recht der Wirtschaft - Buergerliches Recht). Die Aenderung der ZPO und des FamFG stuetzt sich auf Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG (gerichtliches Verfahren). Soweit die Verpflichtung der Anbieter sehr grosser Online-Plattformen in Rede steht, dient die Regelung der Durchfuehrung der Verordnung (EU) 2022 2065 und ist von der ausschliesslichen Bundeszustaendigkeit fuer die Durchfuehrung dieses Sekundaerrechtsakts umfasst. Eine Erforderlichkeit im Sinne des Artikels 72 Absatz 2 GG ist gegeben, da die Wahrung der Rechtseinheit eine bundeseinheitliche Regelung erfordert.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europaeischen Union und voelkerrechtlichen Vertraegen

Der Entwurf vollzieht die Verordnung (EU) 2022 2065. Eine Notifizierung nach der Richtlinie (EU) 2015 1535 erfolgt vor Inkrafttreten, da das Gesetz technische Anforderungen an einen Dienst der Informationsgesellschaft enthaelt. Die dreimonatige Stillhaltefrist wird gewahrt. Eine Verletzung der Grundfreiheiten ist nicht ersichtlich, insbesondere keine Diskriminierung im Sinne des Artikels 18 AEUV.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Entwurf vereinheitlicht die Zustellung an Wirtschaftsteilnehmer und Plattformen.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf foerdert die digitale Verwaltung (SDG 9 - Industrie, Innovation, Infrastruktur; SDG 16 - Frieden, Gerechtigkeit, starke Institutionen). Eine reduktion des Papierverbrauchs in der Rechtskommunikation ist zu erwarten.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfuellungsaufwand

Siehe Vorblatt unter D.

4. Erfuellungsaufwand

Siehe Vorblatt unter E. Der Nationale Normenkontrollrat hat den Erfuellungsaufwand geprueft und keine Einwaende erhoben.

5. Gleichstellungspolitische Auswirkungen

Keine.

VII. Befristung und Evaluierung

Der Entwurf wird fuenf Jahre nach Inkrafttreten unter Beteiligung des Bundesministeriums der Justiz, der Laenderministerien und der Spitzenverbaende der Wirtschaft evaluiert.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Pflichtpostfachgesetz)

Zu § 1 (Zweck und Anwendungsbereich)

Absatz 1 legt den persoenlichen Anwendungsbereich fest. Erfasst sind im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen sowie - in unmittelbarer Anknuepfung an Artikel 33 der Verordnung (EU) 2022 2065 - Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und sehr grosser Online-Suchmaschinen. Damit ist die Schwelle aus dem Unionsrecht (vierzig Millionen monatlich aktive Nutzerinnen und Nutzer im Unionsdurchschnitt) verbindlich uebernommen. Eine eigenstaendige nationale Schwelle wird nicht eingefuehrt; dies vermeidet Goldplating und sichert die Konformitaet mit dem Unionsrecht.

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)

Nummer 1 definiert das Pflichtpostfach durch Verweis auf das hohe Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910 2014 (eIDAS). Damit wird sichergestellt, dass die Identifizierung sicher und unionsrechtlich anerkannt erfolgt.

Zu § 3 (Vorhaltepflicht)

Absatz 1 begruetet die Vorhaltepflicht, Absatz 2 die Pruefpflicht. Die werктаegliche Pruefung entspricht der Verkehrserwartung im Geschaeftsverkehr und korrespondiert mit § 130d ZPO.

Zu § 4 (Interoperabilitaet)

Die Auflistung sichert das Zusammenwirken mit den vorhandenen elektronischen Postfaechern. Sie ist nicht abschliessend; die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung weitere Zustelldienste benennen.

Zu § 5 (Rechtsverordnung)

Die Ermaechtigungsnorm folgt den Anforderungen des Artikels 80 Absatz 1 Satz 2 GG. Inhalt, Zweck und Ausmass ergeben sich aus den §§ 1 bis 4. Die Mitwirkung des BMI und des BMDV stellt die ressortuebergreifende Abstimmung sicher. Die Zustimmung des Bundesrates traegt der Vollzugskompetenz der Laender Rechnung.

Zu § 6 (Bussgeldvorschriften)

Die Hoechstgrenze von zehntausend Euro folgt der Systematik vergleichbarer ordnungswidrigkeitenrechtlicher Vorschriften.

Zu Artikel 2 (Aenderung des Handelsgesetzbuchs)

Mit dem neuen § 33a HGB wird die Verbindung von Handelsregister und Pflichtpostfach geschaffen. Die Anmeldung der Postfachadresse zur Eintragung im Handelsregister sichert die Auffindbarkeit fuer Zustellungen.

Zu Artikel 3 (Aenderung der Zivilprozessordnung)

Die Aenderung des § 130d ZPO erstreckt die Pflicht zur elektronischen Zustellung auf die Verpflichteten nach § 1 PflPostG.

Zu Artikel 4 (Aenderung des FamFG)

Die Einfuegung in § 14 Absatz 4 FamFG stellt klar, dass das PflPostG fuer Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit ergaenzend Anwendung findet.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Absatz 1 sieht ein Inkrafttreten zum ersten Tag des zwölften auf die Verkündung folgenden Kalendermonats vor. Die Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten in Absatz 3 traegt dem erheblichen Umstellungsaufwand fuer die Wirtschaft Rechnung.

Datei: output/Synopse-PfIPostG.docx

Synopse

Entwurf eines Gesetzes ueber das elektronische Pflichtpostfach

Geltendes Recht	Aenderung nach Entwurf	Begrueundung
HGB § 33 (Eintragung von Aenderungen)	HGB § 33 unveraendert. Neu eingefuegt § 33a Pflichtpostfach: 'Im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen halten ein Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz vor.'	Verankerung im Stammgesetz HGB sichert die Pflicht fuer alle HReg-Eintragungspflichtigen.
ZPO § 130d Satz 1 (Pflicht zur elektronischen Uebermittlung durch Rechtsanwaelte etc.)	ZPO § 130d Satz 2 neu: 'Verpflichtete im Sinne des § 1 des Pflichtpostfachgesetzes sind zur Zustellung an ihr Pflichtpostfach verpflichtet.'	Verfahrensseite der Pflicht.
FamFG § 14 Absatz 4 (elektronische Akte)	Einfuegung '§ 1 des Pflichtpostfachgesetzes bleibt unberuehrt'	Klarstellung fuer FreiwGB-Verfahren.
DSA Artikel 33 (VLOP/VLOSE-Kriterien)	Keine Aenderung	Verweis im PfIPostG § 1 Absatz 1 Nummer 2

PDF-Anhang: output/BT-Drucksache-21-0815-PflPostG.pdf

Datei: BT-Drucksache-21-0815-PflPostG.pdf

Deutscher Bundestag

Drucksache 21/0815

21. Wahlperiode

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes ueber das elektronische Pflichtpostfach

(Pflichtpostfachgesetz - PflPostG)

Inhaltsübersicht

A. Problem und Ziel

Die elektronische Rechtskommunikation mit Gesellschaften, ihren Zweigniederlassungen und sehr grossen Online-Plattformen ist bislang nicht einheitlich geregelt. Gerichte und Behörden sind auf eine Vielzahl unterschiedlicher Zustellwege angewiesen (postalisch, beA, beBPO, eBO, ELSTER, Mein Unternehmenskonto). Dies führt zu Medienbrüchen, Verzögerungen bei der Zustellung und zu Beweisproblemen. Zugleich verpflichtet der Digital Services Act sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen zu erhöhter Erreichbarkeit für Behörden in den Mitgliedstaaten. Eine bundeseinheitliche Lösung fehlt.

B. Lösung

Es wird ein **Pflichtpostfachgesetz (PfPostG)** als Stammgesetz geschaffen, das

1. eine Pflicht zur Vorhaltung eines interoperablen elektronischen Postfachs für im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen einführt,
2. für sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 der Verordnung (EU) 2022 2065 (Digital Services Act) ein gleichartiges Postfach vorsieht,
3. die technische Interoperabilität über eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat regelt und
4. Folgeänderungen in HGB, ZPO, FamFG und VwZG vornimmt.

C. Alternativen

Keine. Eine rein vertragsrechtliche Verpflichtung der Plattformen liesse die Bürgerlich-rechtlichen Gesellschaften aussen vor. Eine reine Verwaltungsvorschrift wäre im Hinblick auf die Eingriffstiefe bestimmtheitsmässig nicht ausreichend.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfuellungsaufwand

Bund: Einmalige Kosten für den Betrieb der zentralen Verzeichnisinfrastruktur in Höhe von rund 24 Mio. Euro, laufende Kosten von rund 6 Mio. Euro jährlich, ab dem dritten Jahr.

Laender und Kommunen: Keine.

Sozialversicherung: Keine.

E. Erfuellungsaufwand

E.1 Erfuellungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Kein Erfuellungsaufwand.

E.2 Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft

Einmaliger Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft in Hoehe von rund 312 Mio. Euro (Einrichtung der Postfaecher bei rund 1.3 Mio. HReg-Gesellschaften und Zweigniederlassungen). Jaehrlicher Erfuellungsaufwand in Hoehe von rund 89 Mio. Euro (Pflege und Abruf). Davon Buerokratiekosten aus Informationspflichten in Hoehe von rund 8 Mio. Euro jaehrlich.

E.3 Erfuellungsaufwand der Verwaltung

Bund: Einmalig rund 24 Mio. Euro, laufend rund 6 Mio. Euro pro Jahr.

Laender: Einmalig rund 18 Mio. Euro fuer Anpassungen an Justizfachverfahren, laufend rund 4 Mio. Euro pro Jahr.

Kommunen: Keine.

F. Weitere Kosten

Keine Auswirkungen auf das Preisniveau insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

DER BUNDESKANZLER

An die Praesidentin des Deutschen Bundestages

Hiermit uebersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Entwurf eines Gesetzes ueber das elektronische Pflichtpostfach mit Begruendung (Anlage 1) und Vorblatt. Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizufuehren.

Federfuehrend ist das Bundesministerium der Justiz.

Mit freundlichen Gruessen

Friedrich Merz

G e s e t z e s t e x t

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz ueber das elektronische Pflichtpostfach (Pflichtpostfachgesetz - PflPostG)

§ 1 Zweck und Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Pflicht zur Vorhaltung eines elektronischen Postfachs (Pflichtpostfach) durch

1. im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen,
2. Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und Anbieter sehr grosser Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022 2065 des Europaeischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 ueber einen Binnenmarkt fuer digitale Dienste und zur Aenderung der Richtlinie 2000 31 EG (Digital Services Act).

(2) Das Pflichtpostfach dient der elektronischen Zustellung durch Gerichte und Behoerden sowie der Bekanntgabe von Verwaltungsakten.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes ist

1. **Pflichtpostfach** ein elektronisches Postfach mit Identifizierungsfunktion auf hohem Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910 2014 (eIDAS),
2. **Verpflichteter** eine in § 1 Absatz 1 genannte Person oder Stelle.

§ 3 Vorhaltepflicht

(1) Verpflichtete halten ein Pflichtpostfach vor und bezeichnen es im Handelsregister oder in dem nach der Verordnung (EU) 2022 2065 zu fuehrenden Register.

(2) Verpflichtete pruefen das Pflichtpostfach mindestens an jedem Werktag.

§ 4 Interoperabilitaet

Das Pflichtpostfach muss interoperabel sein mit

1. dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach (beA),
2. dem besonderen elektronischen Behoerdenpostfach (beBPo),
3. dem elektronischen Buerger- und Organisationenpostfach (eBO),
4. dem Postfach im Nutzerkonto Bund und
5. weiteren von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung benannten Zustelldiensten.

§ 5 Rechtsverordnung

Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die technischen Anforderungen an das Pflichtpostfach, die Verfahren zur Authentifizierung sowie die Verfahren zur Bekanntgabe der Postfachadresse zu regeln. Inhalt, Zweck und Ausmass der Ermächtigung folgen aus den §§ 1 bis 4.

§ 6 Bussgeldvorschriften

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 Absatz 1 ein Pflichtpostfach nicht vorhält oder entgegen § 3 Absatz 2 die Prüfung unterlässt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbusse bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

Artikel 2

Aenderung des Handelsgesetzbuchs

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III Gliederungsnummer 4100 1 veröffentlichten bereinigten Fassung wird wie folgt geändert:

1. Nach § 33 wird folgender § 33a eingefügt:

"§ 33a Pflichtpostfach"

"Im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inländischen Zweigniederlassungen halten ein Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz vor. Die Postfachadresse wird zur Eintragung im Handelsregister angemeldet."

Artikel 3

Aenderung der Zivilprozessordnung

§ 130d der Zivilprozessordnung wird wie folgt geändert:

1. Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"Verpflichtete im Sinne des § 1 des Pflichtpostfachgesetzes sind zur Zustellung an ihr Pflichtpostfach verpflichtet."

Artikel 4

Aenderung des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

§ 14 des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 4 wird nach den Woertern *"elektronisch zu uebermitteln"* die Wortfolge *"; § 1 des Pflichtpostfachgesetzes bleibt unberuehrt"* eingefügt.

Artikel 5

Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des zwelften auf die Verkuendung folgenden Kalendermonats in Kraft.
- (2) Abweichend von Absatz 1 treten die §§ 5 und 6 am Tag nach der Verkuendung in Kraft.
- (3) Die Pflicht nach § 3 Absatz 1 gilt fuer bereits im Handelsregister eingetragene Gesellschaften erst nach Ablauf einer Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten nach Inkrafttreten.

B e g r u n d u n g

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Der Entwurf schafft einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen fuer das elektronische Pflichtpostfach. Ziel ist die Beseitigung der Medienbrueche in der Rechtskommunikation zwischen Gerichten, Behoerden und im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften sowie sehr grossen Online-Plattformen.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Der Entwurf fuehrt das Pflichtpostfach ein, definiert den Kreis der Verpflichteten, regelt die Interoperabilitaet mit beA, beBPO, eBO und dem Nutzerkonto Bund, schafft eine Rechtsverordnungsermaechtigung und sieht eine Bussgeldbewehrung vor. Folgeaenderungen erfolgen in HGB, ZPO und FamFG.

III. Alternativen

Keine. Eine privatautonome oder rein vertragliche Loesung waere nicht hinreichend bestimmt und nicht durchsetzbar. Eine Regelung allein in der Justizbeitreibungsordnung oder in der Verwaltungszustellungsordnung waere nicht ausreichend, da sie den Plattformbereich nicht erfassen wuerde.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz fuer das Stammgesetz und die Aenderung des HGB ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG (Recht der Wirtschaft - Buergerliches Recht). Die Aenderung der ZPO und des FamFG stuetzt sich auf Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG (gerichtliches Verfahren). Soweit die Verpflichtung der Anbieter sehr grosser Online-Plattformen in Rede steht, dient die Regelung der Durchfuehrung der Verordnung (EU) 2022 2065 und ist von der ausschliesslichen Bundeszustaendigkeit fuer die Durchfuehrung dieses Sekundaerrechtsakts umfasst. Eine Erforderlichkeit im Sinne des Artikels 72 Absatz 2 GG ist gegeben, da die Wahrung der Rechtseinheit eine bundeseinheitliche Regelung erfordert.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europaeischen Union und voelkerrechtlichen Vertraegen

Der Entwurf vollzieht die Verordnung (EU) 2022 2065. Eine Notifizierung nach der Richtlinie (EU) 2015 1535 erfolgt vor Inkrafttreten, da das Gesetz technische Anforderungen an einen Dienst der Informationsgesellschaft enthaelt. Die dreimonatige Stillhaltefrist wird gewahrt. Eine Verletzung der Grundfreiheiten ist nicht ersichtlich, insbesondere keine Diskriminierung im Sinne des Artikels 18 AEUV.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Entwurf vereinheitlicht die Zustellung an Wirtschaftsteilnehmer und Plattformen.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf foerdert die digitale Verwaltung (SDG 9 - Industrie, Innovation, Infrastruktur; SDG 16 - Frieden, Gerechtigkeit, starke Institutionen). Eine reduktion des Papierverbrauchs in der Rechtskommunikation ist zu erwarten.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Siehe Vorblatt unter D.

4. Erfüllungsaufwand

Siehe Vorblatt unter E. Der Nationale Normenkontrollrat hat den Erfüllungsaufwand geprüft und keine Einwände erhoben.

5. Gleichstellungspolitische Auswirkungen

Keine.

VII. Befristung und Evaluierung

Der Entwurf wird fünf Jahre nach Inkrafttreten unter Beteiligung des Bundesministeriums der Justiz, der Länderministerien und der Spitzenverbände der Wirtschaft evaluiert.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Pflichtpostfachgesetz)

Zu § 1 (Zweck und Anwendungsbereich)

Absatz 1 legt den persönlichen Anwendungsbereich fest. Erfasst sind im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen sowie - in unmittelbarer Anknüpfung an Artikel 33 der Verordnung (EU) 2022/2065 - Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und sehr grosser Online-Suchmaschinen. Damit ist die Schwelle aus dem Unionsrecht (vierzig Millionen monatlich aktive Nutzerinnen und Nutzer im Unionsdurchschnitt) verbindlich übernommen. Eine eigenständige nationale Schwelle wird nicht eingeführt; dies vermeidet Goldplating und sichert die Konformität mit dem Unionsrecht.

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)

Nummer 1 definiert das Pflichtpostfach durch Verweis auf das hohe Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS). Damit wird sichergestellt, dass die Identifizierung sicher und unionsrechtlich anerkannt erfolgt.

Zu § 3 (Vorhaltepflcht)

Absatz 1 begründet die Vorhaltepflcht, Absatz 2 die Prüfpflcht. Die werktaegliche Prüfung entspricht der Verkehrserwartung im Geschäftsverkehr und korrespondiert mit § 130d ZPO.

Zu § 4 (Interoperabilität)

Die Auflistung sichert das Zusammenwirken mit den vorhandenen elektronischen Postfächern. Sie ist nicht abschliessend; die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung weitere Zustelldienste benennen.

Zu § 5 (Rechtsverordnung)

Die Ermaechtigungsnorm folgt den Anforderungen des Artikels 80 Absatz 1 Satz 2 GG. Inhalt, Zweck und Ausmass ergeben sich aus den §§ 1 bis 4. Die Mitwirkung des BMI und des BMDV stellt die ressortuebergreifende Abstimmung sicher. Die Zustimmung des Bundesrates traegt der Vollzugskompetenz der Laender Rechnung.

Zu § 6 (Bussgeldvorschriften)

Die Hoechstgrenze von zehntausend Euro folgt der Systematik vergleichbarer ordnungswidrigkeitenrechtlicher Vorschriften.

Zu Artikel 2 (Aenderung des Handelsgesetzbuchs)

Mit dem neuen § 33a HGB wird die Verbindung von Handelsregister und Pflichtpostfach geschaffen. Die Anmeldung der Postfachadresse zur Eintragung im Handelsregister sichert die Auffindbarkeit fuer Zustellungen.

Zu Artikel 3 (Aenderung der Zivilprozessordnung)

Die Aenderung des § 130d ZPO erstreckt die Pflicht zur elektronischen Zustellung auf die Verpflichteten nach § 1 PflPostG.

Zu Artikel 4 (Aenderung des FamFG)

Die Einfuegung in § 14 Absatz 4 FamFG stellt klar, dass das PflPostG fuer Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit ergaenzend Anwendung findet.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Absatz 1 sieht ein Inkrafttreten zum ersten Tag des zwoelften auf die Verkuendung folgenden Kalendermonats vor. Die Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten in Absatz 3 traegt dem erheblichen Umstellungsaufwand fuer die Wirtschaft Rechnung.

PDF-Anhang: output/Referentenentwurf-PfIPostG.pdf

Datei: Referentenentwurf-PfIPostG.pdf

Referentenentwurf

des Bundesministeriums der Justiz

Entwurf eines Gesetzes ueber das elektronische Pflichtpostfach

(Pflichtpostfachgesetz - PflPostG)

Vom ...

Vorblatt

A. Problem und Ziel

Die elektronische Rechtskommunikation mit Gesellschaften, ihren Zweigniederlassungen und sehr grossen Online-Plattformen ist bislang nicht einheitlich geregelt. Gerichte und Behoerden sind auf eine Vielzahl unterschiedlicher Zustellwege angewiesen (postalisch, beA, beBPo, eBO, ELSTER, Mein Unternehmenskonto). Dies fuehrt zu Medienbruechen, Verzoegerungen bei der Zustellung und zu Beweisproblemen. Zugleich verpflichtet der Digital Services Act sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen zu erhoelter Erreichbarkeit fuer Behoerden in den Mitgliedstaaten. Eine bundeseinheitliche Loesung fehlt.

B. Loesung

Es wird ein **Pflichtpostfachgesetz (PflPostG)** als Stammgesetz geschaffen, das

1. eine Pflicht zur Vorhaltung eines interoperablen elektronischen Postfachs fuer im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen einfuehrt,
2. fuer sehr grosse Online-Plattformen und sehr grosse Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 der Verordnung (EU) 2022 2065 (Digital Services Act) ein gleichartiges Postfach vorsieht,
3. die technische Interoperabilitaet ueber eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und fuer Heimat regelt und
4. Folgeaenderungen in HGB, ZPO, FamFG und VwZG vornimmt.

C. Alternativen

Keine. Eine rein vertragsrechtliche Verpflichtung der Plattformen liesse die Buergerlich-rechtlichen Gesellschaften aussen vor. Eine reine Verwaltungsvorschrift waere im Hinblick auf die Eingriffstiefe bestimmtheitsmaessig nicht ausreichend.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfuellungsaufwand

Bund: Einmalige Kosten fuer den Betrieb der zentralen Verzeichnisinfrastruktur in Hoehe von rund 24 Mio. Euro, laufende Kosten von rund 6 Mio. Euro jaehrlich, ab dem dritten Jahr.

Laender und Kommunen: Keine.

Sozialversicherung: Keine.

E. Erfuellungsaufwand

E.1 Erfuellungsaufwand fuer Buergerinnen und Buerger

Kein Erfuellungsaufwand.

E.2 Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft

Einmaliger Erfuellungsaufwand fuer die Wirtschaft in Hoehe von rund 312 Mio. Euro (Einrichtung der Postfaecher bei rund 1.3 Mio. HReg-Gesellschaften und Zweigniederlassungen). Jaehrlicher Erfuellungsaufwand in Hoehe von rund 89 Mio. Euro (Pflege und Abruf). Davon Buerokratiekosten aus Informationspflichten in Hoehe von rund 8 Mio. Euro jaehrlich.

E.3 Erfuellungsaufwand der Verwaltung

Bund: Einmalig rund 24 Mio. Euro, laufend rund 6 Mio. Euro pro Jahr.

Laender: Einmalig rund 18 Mio. Euro fuer Anpassungen an Justizfachverfahren, laufend rund 4 Mio. Euro pro Jahr.

Kommunen: Keine.

F. Weitere Kosten

Keine Auswirkungen auf das Preisniveau insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau zu erwarten.

Gesetzestext

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz ueber das elektronische Pflichtpostfach (Pflichtpostfachgesetz - PflPostG)

§ 1 Zweck und Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz regelt die Pflicht zur Vorhaltung eines elektronischen Postfachs (Pflichtpostfach) durch

1. im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inlaendischen Zweigniederlassungen,
2. Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und Anbieter sehr grosser Online-Suchmaschinen im Sinne des Artikels 33 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2022 2065 des Europaeischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 ueber einen Binnenmarkt fuer digitale Dienste und zur Aenderung der Richtlinie 2000 31 EG (Digital Services Act).

(2) Das Pflichtpostfach dient der elektronischen Zustellung durch Gerichte und Behoerden sowie der Bekanntgabe von Verwaltungsakten.

§ 2 Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes ist

1. **Pflichtpostfach** ein elektronisches Postfach mit Identifizierungsfunktion auf hohem Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910 2014 (eIDAS),
2. **Verpflichteter** eine in § 1 Absatz 1 genannte Person oder Stelle.

§ 3 Vorhaltepflcht

(1) Verpflichtete halten ein Pflichtpostfach vor und bezeichnen es im Handelsregister oder in dem nach der Verordnung (EU) 2022 2065 zu fuehrenden Register.

(2) Verpflichtete pruefen das Pflichtpostfach mindestens an jedem Werktag.

§ 4 Interoperabilitaet

Das Pflichtpostfach muss interoperabel sein mit

1. dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach (beA),
2. dem besonderen elektronischen Behoerdenpostfach (beBPO),
3. dem elektronischen Buerger- und Organisationenpostfach (eBO),
4. dem Postfach im Nutzerkonto Bund und
5. weiteren von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung benannten Zustelldiensten.

§ 5 Rechtsverordnung

Das Bundesministerium der Justiz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die technischen Anforderungen an das Pflichtpostfach, die Verfahren zur Authentifizierung sowie die Verfahren zur Bekanntgabe der Postfachadresse zu regeln. Inhalt, Zweck und Ausmass der Ermächtigung folgen aus den §§ 1 bis 4.

§ 6 Bussgeldvorschriften

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 3 Absatz 1 ein Pflichtpostfach nicht vorhält oder entgegen § 3 Absatz 2 die Prüfung unterlässt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbusse bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

Artikel 2

Aenderung des Handelsgesetzbuchs

Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III Gliederungsnummer 4100 1 veröffentlichten bereinigten Fassung wird wie folgt geändert:

1. Nach § 33 wird folgender § 33a eingefügt:

"§ 33a Pflichtpostfach"

"Im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre inländischen Zweigniederlassungen halten ein Pflichtpostfach nach dem Pflichtpostfachgesetz vor. Die Postfachadresse wird zur Eintragung im Handelsregister angemeldet."

Artikel 3

Aenderung der Zivilprozessordnung

§ 130d der Zivilprozessordnung wird wie folgt geändert:

1. Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"Verpflichtete im Sinne des § 1 des Pflichtpostfachgesetzes sind zur Zustellung an ihr Pflichtpostfach verpflichtet."

Artikel 4

Aenderung des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

§ 14 des Gesetzes ueber das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 4 wird nach den Woertern *"elektronisch zu uebermitteln"* die Wortfolge *"; § 1 des Pflichtpostfachgesetzes bleibt unberuehrt"* eingefügt.

Artikel 5

Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des zwölften auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.
- (2) Abweichend von Absatz 1 treten die §§ 5 und 6 am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (3) Die Pflicht nach § 3 Absatz 1 gilt für bereits im Handelsregister eingetragene Gesellschaften erst nach Ablauf einer Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten nach Inkrafttreten.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Der Entwurf schafft einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen fuer das elektronische Pflichtpostfach. Ziel ist die Beseitigung der Medienbrueche in der Rechtskommunikation zwischen Gerichten, Behoerden und im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften sowie sehr grossen Online-Plattformen.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Der Entwurf fuehrt das Pflichtpostfach ein, definiert den Kreis der Verpflichteten, regelt die Interoperabilitaet mit beA, beBPo, eBO und dem Nutzerkonto Bund, schafft eine Rechtsverordnungsermaechtigung und sieht eine Bussgeldbewehrung vor. Folgeaenderungen erfolgen in HGB, ZPO und FamFG.

III. Alternativen

Keine. Eine privatautonome oder rein vertragliche Loesung waere nicht hinreichend bestimmt und nicht durchsetzbar. Eine Regelung allein in der Justizbeitreibungsordnung oder in der Verwaltungszustellungsordnung waere nicht ausreichend, da sie den Plattformbereich nicht erfassen wuerde.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz fuer das Stammgesetz und die Aenderung des HGB ergibt sich aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG (Recht der Wirtschaft - Buergerliches Recht). Die Aenderung der ZPO und des FamFG stuetzt sich auf Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 GG (gerichtliches Verfahren). Soweit die Verpflichtung der Anbieter sehr grosser Online-Plattformen in Rede steht, dient die Regelung der Durchfuehrung der Verordnung (EU) 2022 2065 und ist von der ausschliesslichen Bundeszustaendigkeit fuer die Durchfuehrung dieses Sekundaerrechtsakts umfasst. Eine Erforderlichkeit im Sinne des Artikels 72 Absatz 2 GG ist gegeben, da die Wahrung der Rechtseinheit eine bundeseinheitliche Regelung erfordert.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europaeischen Union und voelkerrechtlichen Vertraegen

Der Entwurf vollzieht die Verordnung (EU) 2022 2065. Eine Notifizierung nach der Richtlinie (EU) 2015 1535 erfolgt vor Inkrafttreten, da das Gesetz technische Anforderungen an einen Dienst der Informationsgesellschaft enthaelt. Die dreimonatige Stillhaltefrist wird gewahrt. Eine Verletzung der Grundfreiheiten ist nicht ersichtlich, insbesondere keine Diskriminierung im Sinne des Artikels 18 AEUV.

VI. Gesetzesfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Der Entwurf vereinheitlicht die Zustellung an Wirtschaftsteilnehmer und Plattformen.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf fördert die digitale Verwaltung (SDG 9 - Industrie, Innovation, Infrastruktur; SDG 16 - Frieden, Gerechtigkeit, starke Institutionen). Eine Reduktion des Papierverbrauchs in der Rechtskommunikation ist zu erwarten.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfuellungsaufwand

Siehe Vorblatt unter D.

4. Erfuellungsaufwand

Siehe Vorblatt unter E. Der Nationale Normenkontrollrat hat den Erfuellungsaufwand geprüft und keine Einwände erhoben.

5. Gleichstellungspolitische Auswirkungen

Keine.

VII. Befristung und Evaluierung

Der Entwurf wird fünf Jahre nach Inkrafttreten unter Beteiligung des Bundesministeriums der Justiz, der Landesministerien und der Spitzenverbände der Wirtschaft evaluiert.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Pflichtpostfachgesetz)

Zu § 1 (Zweck und Anwendungsbereich)

Absatz 1 legt den persönlichen Anwendungsbereich fest. Erfasst sind im Handelsregister eingetragene Gesellschaften und ihre Zweigniederlassungen sowie - in unmittelbarer Anknüpfung an Artikel 33 der Verordnung (EU) 2022/2065 - Anbieter sehr grosser Online-Plattformen und sehr grosser Online-Suchmaschinen. Damit ist die Schwelle aus dem Unionsrecht (vierzig Millionen monatlich aktive Nutzerinnen und Nutzer im Unionsdurchschnitt) verbindlich übernommen. Eine eigenständige nationale Schwelle wird nicht eingeführt; dies vermeidet Goldplating und sichert die Konformität mit dem Unionsrecht.

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen)

Nummer 1 definiert das Pflichtpostfach durch Verweis auf das hohe Vertrauensniveau im Sinne des Artikels 8 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 (eIDAS). Damit wird sichergestellt, dass die Identifizierung sicher und unionsrechtlich anerkannt erfolgt.

Zu § 3 (Vorhaltepflcht)

Absatz 1 begründet die Vorhaltepflcht, Absatz 2 die Prüfpflcht. Die werktaegliche Pruefung entspricht der Verkehrserwartung im Geschaeftsverkehr und korrespondiert mit § 130d ZPO.

Zu § 4 (Interoperabilitaet)

Die Auflistung sichert das Zusammenwirken mit den vorhandenen elektronischen Postfaechern. Sie ist nicht abschliessend; die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung weitere Zustelldienste benennen.

Zu § 5 (Rechtsverordnung)

Die Ermaechtigungsnorm folgt den Anforderungen des Artikels 80 Absatz 1 Satz 2 GG. Inhalt, Zweck und Ausmass ergeben sich aus den §§ 1 bis 4. Die Mitwirkung des BMI und des BMDV stellt die ressortuebergreifende Abstimmung sicher. Die Zustimmung des Bundesrates traegt der Vollzugskompetenz der Laender Rechnung.

Zu § 6 (Bussgeldvorschriften)

Die Hoechstgrenze von zehntausend Euro folgt der Systematik vergleichbarer ordnungswidrigkeitenrechtlicher Vorschriften.

Zu Artikel 2 (Aenderung des Handelsgesetzbuchs)

Mit dem neuen § 33a HGB wird die Verbindung von Handelsregister und Pflichtpostfach geschaffen. Die Anmeldung der Postfachadresse zur Eintragung im Handelsregister sichert die Auffindbarkeit fuer Zustellungen.

Zu Artikel 3 (Aenderung der Zivilprozessordnung)

Die Aenderung des § 130d ZPO erstreckt die Pflicht zur elektronischen Zustellung auf die Verpflichteten nach § 1 PflPostG.

Zu Artikel 4 (Aenderung des FamFG)

Die Einfuegung in § 14 Absatz 4 FamFG stellt klar, dass das PflPostG fuer Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit ergaenzend Anwendung findet.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Absatz 1 sieht ein Inkrafttreten zum ersten Tag des zwoelften auf die Verkuendung folgenden Kalendermonats vor. Die Uebergangsfrist von vierundzwanzig Monaten in Absatz 3 traegt dem erheblichen Umstellungsaufwand fuer die Wirtschaft Rechnung.